

Landtag des Saarlandes

15. Wahlperiode



PI. 15/53
26.10.16

53. Sitzung

am 26. Oktober 2016, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 12.52 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Meiser (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweite Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erster Schriftführer Augustin (PIRATEN)
Zweiter Schriftführer Kessler (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)
Vierte Schriftführerin Berg (SPD)
Fünfter Schriftführer Theis (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsidentin, auch zuständig für die Bereiche
Wissenschaft, Forschung und Technologie,
Kramp-Karrenbauer (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa Toscani (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Bachmann
Minister der Justiz sowie Minister für Umwelt und
Verbraucherschutz Jost (SPD)
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)

Es fehlt:

Minister für Inneres und Sport Bouillon

Begrüßung einer Zuhörergruppe 4602

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung 4602

1. Abgabe der Regierungserklärung zum Thema „Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen - Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert. Den saarländischen Weg fortsetzen.“ 4602

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer 4602

2. Eigenständigkeit sichern - Reichtum besteuern - faire Lösungen für Altlasten finden (Drucksache 15/1976) 4613

Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung..... 4614

Abg. Hans (CDU)..... 4618

Abg. Kessler (B 90/GRÜNE)..... 4623

Abg. Pauluhn (SPD)..... 4627

Abg. Hilberer (PIRATEN)..... 4632

Ministerin Rehlinger 4636

Abstimmung, Ablehnung des Antrages 4639

Präsident Meiser:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Landtagssitzung. Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit ist heute die Fachschaft Wirtschaftswissenschaften der Universität des Saarlandes unter Leitung von Frau Anna Reichert bei uns zu Gast. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes aus Anlass der Einigung des Bundes und der Länder vom 14. Oktober 2016 zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu seiner 53. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Ich erteile Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort zur

Abgabe der Regierungserklärung zum Thema „Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen - Zukunftsfähigkeit des Landes gesichert. Den saarländischen Weg fortsetzen.“

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer, die Sie heute Morgen die Gelegenheit haben, diese Landtagssitzung live bei der Übertragung des Saarländischen Rundfunks mitzuerfolgen! Dass dies ein besonderer Tag, eine besondere Sitzung ist, sehen Sie genau daran, dass es eine Live-Übertragung des Saarländischen Rundfunks gibt. Das hat durchaus auch seinen Grund, weil der Saarländische Rundfunk selbst mit seinen erfolgreichen Finanzverhandlungen vor einigen Monaten die Blaupause für uns geliefert hat, wie man durch konsequente Konsolidierung Vertrauen erarbeitet und durch kluges Verhandeln seine Zukunftsfähigkeit sichert. Insofern freue ich mich sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen des SR heute auch hier sind.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in wenigen Wochen, am 01. Januar 2017, begehen wir den 60. Geburtstag des Saarlandes als deutsches Bundesland. Seit vielen Jahrzehnten bestimmt die dramatische Haushaltslage des Saarlandes die Politik in diesem Land. Die engen Spielräume im Haushalt selbst sowie die ständigen Auseinandersetzungen um den Länderfinanzausgleich haben den Rahmen noch für jede Landesregierung in diesem Land gesetzt. In dieser Legislaturperiode sind diese Fragen besonders dringend geworden, ja geradezu existenziell. Zum einen werden die Vereinbarungen zu den Konsolidierungshilfen, zum Solidarpakt und zu den Bund-Länder-Finzen am 31. Dezember 2019 auslaufen, zum anderen wird ab dem 01.01.2020 die Schuldenbremse ihre volle Wirkung in den Ländern entfalten und der Weg in die Neuverschuldung nicht mehr möglich sein.

Deswegen haben sich die saarländische Landesregierung unter meiner Führung und die sie tragenden Parteien im Koalitionsvertrag ein großes Ziel gesetzt, nämlich alles zu tun, was nötig ist, um die Eigenständigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu sichern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann heute feststellen, mit dem Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom 14. Oktober dieses Jahres sind wir diesem Ziel einen großen, ja sogar einen entscheidenden Schritt nähergekommen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wie sieht das Ergebnis für unser Land nun aus? Für das Jahr 2020 können wir nach der Einigung mit Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich von 1,15 Milliarden Euro rechnen. Nach geltendem Recht macht das eine finanzielle Besserstellung von 490 Millionen Euro aus. Das ist die Situa-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

on im Jahr 2020. Für die Folgejahre werden die Beträge weiter wachsen. Die Einigung wird uns im Vergleich zum geltenden Recht des Jahres 2020 im Jahresdurchschnitt 500 Millionen Euro pro Jahr mehr einbringen.

Die von mir genannten rund 500 Millionen Euro pro Jahr setzen sich im Wesentlichen aus zwei Elementen zusammen, erstens den Verbesserungen innerhalb des Ausgleichssystems, von denen alle westdeutschen Länder in etwa gleichmäßig profitieren - das sind im Jahr 2020 zunächst rund 90 Millionen Euro, Tendenz steigend auf der Zeitachse im Jahresdurchschnitt auf 100 Millionen Euro -, zweitens den sogenannten Sanierungshilfen oder Verstärkungshilfen von jährlich 400 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es lohnt sich, die Höhe und den Charakter dieser Hilfen etwas näher zu betrachten. Sämtliche bisherigen Sonderhilfen - also die erste Teilentschuldung, die Verlängerung der Teilentschuldung, die Konsolidierungshilfen - waren von vornherein zeitlich befristet. Die zeitliche Befristung der Konsolidierungshilfen ist sogar im Grundgesetz festgeschrieben. Ich verweise auf Art. 143d Absatz 2 GG. Mit den Sanierungshilfen haben wir jetzt nicht nur diese zeitlichen Hürden überwunden, sondern wir erhalten zum ersten Mal eine bundesstaatliche Unterstützung, die nicht von vornherein befristet ist, und das ist ein sehr großer Mehrwert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mit Blick auf den Verzicht auf eine Befristung will ich eines ausdrücklich klarstellen: Wir haben weder die Gewissheit noch die Zielsetzung, dass diese Hilfe unendlich fortgesetzt wird. Wir alle gemeinsam sollten vielmehr den Anspruch erheben, dass wir die Ursachen für den Hilfebedarf des saarländischen Landeshaushalts überwinden wollen. Jedenfalls bekenne ich mich vehement und mit voller Überzeugung zu diesem Ziel.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der zweite wichtige Unterschied zu früheren Sonderhilfen ist die Begründung beziehungsweise die Zielsetzung der Hilfe. Sämtliche frühere Hilfen dienten vorrangig dem Ziel, durch eine Schuldentilgung oder durch eine Begrenzung der Neuverschuldung dazu beizutragen, dass der Schuldenstand des Saarlandes an das nächstfinanzschwache Land herangeführt wird. Jetzt wurde mit den Sanierungshilfen ausdrücklich ein Belastungsausgleich beschlossen.

Dies ist von Bedeutung, denn wenn der Schuldenstand und die damit verbundene Zinslast allein die Bemessungsgrundlage für die zukünftige Hilfe gewesen wäre, hätte die Unterstützung sehr viel kleiner ausfallen müssen. Das Grundgesetz schließt es aus, dass der Bund einzelne Länder im Vergleich zu

anderen ohne sachlichen Grund besserstellt. Unsere Zinsausgaben lagen im vergangenen Jahr bei 426 Millionen Euro. Das sind 431 Euro je Einwohner. Das Land mit den nächsthöheren Zinslasten war im vergangenen Jahr Sachsen-Anhalt mit 247 Euro je Einwohner. Um die Differenz zwischen den beiden Werten auszugleichen, ergibt sich ein Wert von 182 Millionen Euro für das Saarland. Das wären genau 218 Millionen Euro weniger als die 400 Millionen Euro, die wir jetzt erhalten. Selbst wenn der Bund bereit gewesen wäre, allen Ländern mit überdurchschnittlicher Zinslast zu helfen, wäre die Hilfe für das Saarland auf maximal 250 Millionen Euro begrenzt gewesen. Die jetzt gefundene Regelung geht also weit über das hinaus, was bei reinen Zinshilfen möglich gewesen wäre.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Nun ist in der Vergangenheit und auch in den letzten Tagen verschiedentlich auch in diesem Haus kritisiert worden, dass unsere Altschulden nicht auf einen Schlag getilgt werden, und dass das Zinsrisiko nicht - oder zumindest nur zum Teil - gebannt ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir rechnen im Haushaltsplan für das Jahr 2017 mit Zinsausgaben von 417 Millionen Euro. Im vergangenen Jahr waren das noch 426 Millionen Euro. Trotz steigender Schulden sinkt die Zinslast - natürlich wegen des günstigen Zinsniveaus.

Trotzdem liegt unsere durchschnittliche Zinsbelastung augenblicklich immer noch bei knapp drei Prozent. Nimmt das Land heute Darlehen auf, beträgt die Rendite nur weniger als ein Prozent. In den nächsten Jahren würde unser Anspruch, der nur aus der Zinsbelastung abgeleitet wird, also nicht größer, sondern eher kleiner. Das aktuelle Zinsniveau müsste in kurzer Zeit schon ganz erheblich ansteigen, müsste sich von weniger als einem Prozent auf drei Prozent verdreifachen, bis unsere aktuelle Durchschnittsverzinsung erreicht oder gar überschritten wäre. Deshalb kann ich nur sagen: Wer unsere Haushaltslage und das, was wir brauchen, alleine und nur am Thema Altschulden und Tilgung festmacht, verkennt die tatsächliche Belastungssituation in diesem Land.

Wirtschaftlicher Strukturwandel, notwendige Ausgaben zur Umstrukturierung, ungünstige demografische Entwicklung, hohe Sozialausgaben, niedrige Steuerkraft auch nach dem Finanzausgleich, steigende Zins- und Versorgungsausgaben - diese Mixtur führt zu Haushaltsvorbelastungen. Wir alle wissen, wie schwer es uns diese Vorbelastungen machen, die Schuldenbremse einzuhalten. Was uns seit langem bekannt ist, wurde mit dem Beschluss vom 14. Oktober endlich auch auf Bundesebene akzeptiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein großer Fortschritt für unser Land.

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Der Beschluss vom 14. Oktober enthält neben den Vereinbarungen zum Finanzausgleich im engeren Sinne auch Festlegungen zu wichtigen Kompetenzfragen im Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Diese Elemente des Beschlusses sind vor allem auf Wunsch des Bundes aufgenommen worden. Sie sind für den Föderalismus in Deutschland und auch für das Saarland von Bedeutung. Ich will deswegen darauf eingehen, obwohl in diesem Bereich sicherlich in den nächsten Wochen und Monaten noch einiges an Konkretisierungen erfolgen muss und erfolgen wird.

Die Vereinbarung zur Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft Verkehr war ein besonderes Zugeständnis der Länder an den Bund, um eine Gesamteinigung zu erreichen, aber sie war notwendig. Viel wird von der näheren Ausgestaltung abhängen, die in den nächsten Monaten noch zu klären sein wird. Aber lassen Sie mich hier eines ganz deutlich machen: Es wird keine Privatisierung von Bundesautobahnen geben. Und wir werden dafür sorgen, dass unsere Mitarbeiter im Saarland auch im Saarland bleiben können, wenn sie dies wollen. Diese Garantie geben wir hier ab, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Im Bereich der Digitalisierung wird die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter verstärkt. Ziel ist es unter anderem, dass über ein vom Bund zentral errichtetes Bürgerportal auch die Länder ihre Online-Dienstleistungen bereitstellen können. Wer das Digitalisierungsforum Saar diese Woche erlebt hat, wer die Beispiele aus Estland gehört hat, der kann nur sagen: Das ist auch ein richtiger Weg, weil bei dem gesamten Tempo der Veränderungen bei der Digitalisierung wir es uns einfach nicht mehr erlauben können, dass Bürgerinnen und Bürger auf unterschiedliche Systeme zurückgeworfen werden. Wenn sich irgendwo eine Zusammenarbeit lohnt und Sinn macht, dann ist es im Bereich der Digitalisierung. Deswegen ist uns die Zustimmung zu diesem Punkt auch sehr leicht gefallen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Für uns im Saarland von besonderer Bedeutung ist die Absicht des Bundes, im Rahmen von Investitionsförderungen auch ein Schulsanierungsprogramm aufzulegen. Dafür kann es erforderlich sein - das werden die Verhandlungen ergeben -, im Grundgesetz auch eine gewisse Lockerung des Kooperationsverbotes vorzunehmen. Bisher darf der Bund nur im engen Sinne energetischer Sanierung oder Lärminderung solche Projekte unterstützen. Um es ins Fußgängerdeutsch zu übersetzen: Wenn an einer Schule eine Wand gedämmt werden soll, dann darf der Bund das finanzieren. Wenn die darunter liegen-

de Wand vorher saniert werden muss, ist ihm das verboten. Wer das in dieser Bundesrepublik noch verstehen soll, weiß ich nicht. Deswegen macht es Sinn, dass wir das ändern und abschaffen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es wäre gerade auch für die saarländischen Kommunen von erheblichem Vorteil, wenn diese Beschränkungen fallen würden. Die Zahlen dazu waren ja in den Medien dieses Landes vor einigen Tagen schon nachzulesen.

Weiteren Gesprächs- und Konkretisierungsbedarf zwischen Bund und Ländern gibt es im Bereich der erweiterten Kontrollrechte des Bundes bei der Mitfinanzierung von Länderaufgaben. Ich will hier deutlich sagen: Es geht nicht darum, dass der Bundesrechnungshof die oberste Kontrollbehörde für die Landesrechnungshöfe wird. Aber dass an der ein oder anderen Stelle vielleicht auch die Landesrechnungshöfe Erhebungen machen und etwas anschauen, was auch den Bund in einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung interessiert, auch das scheint mir vertretbar und nachvollziehbar.

Mit Blick auf das gemeinsame Ziel der Wahrung von Steuergerechtigkeit und einem effektiven Steuervollzug sind die Vereinbarungen zum Thema Stärkung der Bundesrechte im Bereich der Steuerverwaltung sehr zu begrüßen. Aus meiner Sicht wurde hier ein guter Kompromiss gefunden. Es bleibt einerseits auch weiterhin bei der Ländersteuerverwaltung. Andererseits wird aber dort stärker harmonisiert, wo es für den effektiven und gerechten Steuervollzug sinnvoll ist. So erhält der Bund ein erweitertes Weisungsrecht beim IT-Einsatz in der Steuerverwaltung der Länder. Zudem wird dem Bund ein stärkeres allgemeines fachliches Weisungsrecht im Bereich der Steuerverwaltung eingeräumt, soweit nicht die Mehrheit der Länder widerspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wem wollen wir denn eigentlich weismachen, dass es wichtig und sinnvoll ist, dass wir in Europa zu einer einheitlicheren Steuergesetzgebung kommen und zu einem einheitlichen Steuervollzug, wenn wir es noch nicht einmal schaffen, einen einheitlichen Steuervollzug in der Bundesrepublik Deutschland über 16 Bundesländer hinweg zu gewährleisten? Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun. Deswegen ist es richtig, dass wir an dieser Stelle diesen Weg gehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Bund und Länder verbessern zudem ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Steuerbetruges, insbesondere auch des Umsatzsteuerbetruges, sowie bei der Überwachung des Geldwäschegesetzes - wichtige Punkte zur Erhaltung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in unser Steuersystem. Schließlich wurde eine Klarstellung in Artikel 108 Grundgesetz

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

vereinbart, wonach der Bund Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Besteuerung im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern länderübergreifend übertragen kann. Was so theoretisch daher kommt, hat für uns hier ganz praktische Bedeutung. Denn diese verfassungsrechtliche Klarstellung sichert die zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz vereinbarte Kooperation auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer. Wenn Zusammenarbeit über Ländergrenzen Sinn gemacht hat, dann ist es an diesem Beispiel deutlich zu sehen. Deswegen sind wir froh, dass wir hier in Zukunft auf einer gesicherten Grundlage agieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist außerdem ein wichtiger Punkt vereinbart worden, das ist die Neuerung beim sogenannten Unterhaltsvorschuss. Sie wissen, dass bisher der Unterhaltsvorschuss nur für maximal sechs Jahre gezahlt wird bis zum Alter von 12 Jahren. Dies führt dazu, dass alleine durch dieses System viele Alleinerziehende und ihre Kinder in das SGB-II-System gezwungen werden. Deswegen ist es in der Sache vollkommen richtig, dass die Koalition in Berlin sich darauf verständigt hat, diesen Zeitraum bis zum 18. Lebensjahr auszuweiten und die zeitliche Befristung der Bezugsdauer aufzuheben.

Die geplante Änderung wird auf jeden Fall die Alleinerziehenden entlasten, und das ist gut so. Es werden sich daraus auch Entlastungen für die Kommunen und auch für den Bund bei den Ausgaben nach dem SGB II ergeben. Sie werden aber - das will ich an dieser Stelle nicht verhehlen - zu Mehrkosten auf der Ländersseite führen. Über diese Mehrkosten müssen wir zwischen Bund, Ländern und Kommunen auch noch einmal verhandeln. Wir werden sie nicht auf Null setzen können, aber wir müssen schauen, dass die Mehrkosten auch für die Länder beherrschbar sind. Auch das ist Teil eines fairen Kompromisses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige überregionale Kommentatoren haben im Nachgang zur Einigung mit Blick auf diese Kompetenzübertragungen von einem gewissen Ausverkauf des Föderalismus gesprochen. Ich halte dies für falsch, und zwar für grundlegend falsch. Starke, selbstbewusste Länder brauchen Zusammenarbeit dort nicht zu scheuen, wo sie sinnvoll ist. Wir sind stark. Wir sind selbstbewusst. Deswegen haben wir diesen Regelungen zugestimmt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wie also ist das Ergebnis zu bewerten? Der Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung hat recht, wenn er am Samstag geschrieben hat, das Ergebnis dürfe nicht zu blauäugiger Euphorie führen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich aber vor mir in die Reihen dieses Hauses schaue, dann sehe ich

niemanden, der blauäugig ist, und auch niemanden, der am heutigen Tag euphorisch wäre.

(Sprechen.)

Aber eines - ich zitiere den Chefredakteur wörtlich - bleibt bestehen, nämlich die Tatsache, dass diese Einigung, die wir in Berlin erzielt haben, „ein großer Erfolg für das Saarland“ ist und bleibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so. Daran kann auch niemand etwas ändern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dieser Erfolg wäre ohne die Politik, die Anstrengungen und die erfolgreichen Vereinbarungen meiner Vorgänger und ihrer Regierungen nicht möglich gewesen. Sie haben den Weg dazu bereitet. Deshalb gilt mein Dank den Ministerpräsidenten a. D. Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt, die 1992 die erste Teilentschuldung mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht und deren Fortsetzung bis ins Jahr 2004 ermöglicht haben. Mein Dank gilt ebenso dem Ministerpräsidenten a. D. Peter Müller, der im Rahmen der Föderalismusreform II die Konsolidierungshilfen in der heutigen Form bis Ende 2019 vereinbart hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man steht als Regierung immer auf den Schultern seiner Vorgänger - im positiven und im negativen Sinne. Deswegen ist heute ein guter Tag, mich bei den Vorgängern dafür zu bedanken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eine ganz wesentliche Grundlage für unseren Erfolg war das finanzpolitische Vertrauen, das wir durch unsere Konsolidierungspolitik in den vergangenen Jahren gegenüber Bund und Ländern im Allgemeinen sowie dem Stabilitätsrat im Besonderen erarbeitet haben. Diese Konsolidierungspolitik war und ist nie ein Selbstzweck gewesen. Sie hat vielen Menschen in diesem Land vieles abverlangt; das ist mir und uns sicherlich sehr bewusst. Mein erster Dank gilt deshalb stellvertretend für all diese Menschen insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes und den sie vertretenden Gewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ohne ihre Bereitschaft, mit uns gemeinsam diesen Konsolidierungsweg, den saarländischen Weg, zu beschreiten, wären wir nicht so weit gekommen. Ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben in den letzten Tagen erlebt - vielleicht gehört das zum politischen Ritual -, dass neben der sachlich-kritischen Auseinandersetzung mit diesem Ergebnis natürlich auch der Versuch gemacht wird, dieses Ergebnis etwas kleiner zu reden, als es ist. Ich will an dieser Stelle deutlich Folgendes sagen: Alle die, die das tun, sollten sich überlegen, dass sie damit auch die Opfer, die die Mitarbeiterinnen und

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Mitarbeiter in diesem Land für diesen Weg und dieses Ergebnis erbracht haben, kleinreden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Saarland nicht verdient!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mein Dank gilt des Weiteren allen Kolleginnen und Kollegen im saarländischen Landtag, natürlich insbesondere denen, die trotz aller Kritik - auch wenn es schmerzlich ist - den Konsolidierungskurs unbeirrt mitgetragen haben und weiter mittragen. Das ist, das war und das wird sicherlich keine Selbstverständlichkeit bleiben. Ein herzliches Dankeschön hierfür!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, denn sie haben oft die eigenen und durchaus nachvollziehbaren Wünsche bei der Haushaltsaufstellung immer wieder im Interesse des Ganzen hintangestellt. Das ist etwas, was diese Regierung geprägt hat. Auch dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Mein besonderer Dank gilt aber vor allen Dingen dem Finanzminister Stephan Toscani. Auf ihm und seinem Ministerium lag und liegt die Hauptlast, den politischen Spagat zwischen sparsamem Wirtschaften und politischer Gestaltung im Haushalt abzubilden. Gerade hat er dies im Doppelhaushalt und in der Bewältigung der Kosten im Rahmen der Flüchtlingskrise nochmals eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Auch dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Danken möchte ich auch Staatssekretär Axel Spieß und Dr. Christian Pfeil, die auf der Besuchertribüne Platz genommen haben. Die beiden hatten die schwierige Aufgabe, den Haushalt des Saarlandes und den Konsolidierungskurs immer wieder dem Evaluationsausschuss und dem Stabilitätsrat zur Bewertung vorzulegen und ihn dort zu verteidigen. Dies ist ohne Zweifel gelungen. Es hat die Grundlage für unseren Erfolg gelegt, denn das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit haben uns auf der Bundesebene und bei den anderen Ländern von einem ewigen Bittsteller zu einem mit seinen Problemen anerkannten Partner auf Augenhöhe gemacht. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Für diese Augenhöhe war es auch wichtig und notwendig, dass wir uns von einem Trauma gelöst haben, vom Trauma der Länderneugliederungs-Debatte. Ich habe 2014 gesagt, wer 16 Bundesländer will, der muss auch einen Finanzausgleich erarbeiten, der es 16 Bundesländern ermöglicht, die Schulden-

bremse einzuhalten und die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen zu gewährleisten. Wer dazu nicht bereit ist, muss offen über eine Reduzierung der Zahl der Länder reden, und zwar nicht von 16 auf 14, sondern auf acht oder sieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele im Land, in den Medien, ja auch der ein oder die andere aus dem Landtag, haben mich dafür sehr kritisiert. Beim Gang der Verhandlungen hat sich diese Strategie allerdings als richtig erwiesen, insbesondere in den Momenten, in denen wir kurz vorm Scheitern standen, und das - so kann ich Ihnen versichern - war mehr als einmal der Fall. Deswegen ein herzliches Dankeschön an die, die Vertrauen in diese Strategie hatten!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Sommer 2015, als uns von Teilen dieses Hauses noch vorgeworfen wurde, wir wären zu passiv und hätten keine eigenen Ideen, wurde im Finanzministerium schon längst intensiv an einem Modell gearbeitet, das die festgefahrenen Verhandlungen wieder neu starten sollte. Kern dieses Modells war die Einsicht, dass für eine Einigung eine Lösung erarbeitet werden muss, die nicht nur den finanziellen Bedarfen der Länder gerecht wird, sondern auch den besonderen politischen Anliegen von Nordrhein-Westfalen und den klageführenden Geberländern.

Es ist das Verdienst von Dr. Elmar Braun - er ist ebenfalls auf der Besuchertribüne -, auf eine Idee gestoßen zu sein, die schon Franz-Josef Strauß vor Augen hatte, aber nie umsetzen konnte, damals im Übrigen wegen des Widerstandes des damaligen Geberlandes Nordrhein-Westfalen. So ändern sich Zeiten in Deutschland. Es ist eine Idee, die letztendlich zur Befriedung der Länder untereinander geführt hat. Auch dafür ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und es ist das ganz besondere Verdienst von Wolfgang Förster - auch er ist hier -, diese Grundidee immer wieder bis in die letzten Stunden hinein so berechnet und so angepasst zu haben, dass sie einigungsfähig war. Mit ihm begann auch eine Phase der stillen Diplomatie im Sommer 2015, in der wir in einer genau abgestimmten Kaskade von unzähligen persönlichen Gesprächen zuerst auf der Ebene der zuständigen Abteilungsleiter, dann mit Axel Spieß auf der Ebene der Staatssekretäre und schließlich mit Stephan Toscani auf der Ebene der Minister zu einer tragfähigen Lösung gekommen sind. Diese wurde unter den CDU/CSU-Ministerpräsidenten Anfang September in München vereinbart. Diese Vereinbarung war in Abwandlung die Grundlage für den 16-zu-0-Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 2015; ein ganz entscheidender Etappensieg.

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eine endgültige Lösung setzte allerdings voraus, dass aus einem 16-zu-0-Beschluss gemeinsam mit dem Bund eine 17-zu-0-Lösung wird. Diese Etappe zog sich aber über fast ein Jahr hin und war mit Abstand die schwierigste Wegstrecke bei diesen Verhandlungen. Dass es letztendlich am 14. Oktober gelungen ist, ist ebenfalls das Verdienst von vielen.

Wir haben bei diesen Verhandlungen die ganz besondere Stärke der Großen Koalition ausgespielt und parteiübergreifend die saarländischen Interessen vertreten und für die saarländischen Interessen gekämpft. Deshalb danke ich insbesondere auch Anke Rehlinger und Heiko Maas für die gute und enge Zusammenarbeit und den Einfluss, den sie auf der SPD-Seite geltend gemacht haben, auch das ist ein ganz entscheidender Beitrag zum Erfolg von uns allen geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Auf Heiko Maas wird es auch in der Folge ankommen, denn Sie wissen, dass viele dieser Einigungen, die wir erzielt haben, jetzt in eine Verfassungsänderung gegossen werden müssen. Da das Bundesjustizministerium als Verfassungsressort ein gewisses Vetorecht hat, haben wir sozusagen eine Gewinnwarnung unter dem Stichwort Saarland an das Ministerium ausgegeben. Wir werden gemeinsam sehr darauf achten, dass der Text auch das wiedergibt, was wir in der Sache verhandelt haben.

Mein besonderer Dank gilt auch dem Bundeskanzleramtsminister Peter Altmaier, der über die ganze Phase den Prozess engstens begleitet und betrieben hat. Ihm ist es, und das ist für uns sehr wichtig, insbesondere zu verdanken, dass der Bund seine ursprüngliche Forderung nach zeitlicher und inhaltlicher Begrenzung unserer Hilfen hat fallen lassen. Das ist ein enorm wichtiger Punkt für die Zukunft und auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, lasse ich mir die letzten Jahre der Verhandlungen Revue passieren, dann erinnere ich mich an einige Stimmen hier aus den Reihen der Opposition. Diese Stimmen sagten damals - und dies mehrfach -, wir müssten bei den Verhandlungen sehr viel offensiver unsere Forderungen in den Raum stellen. Wir sollten demnach die ganz große Trommel auspacken und bundesweit großes Tamtam veranstalten. Und genau diese Stimmen haben uns immer und immer wieder dafür kritisiert, dass wir einen anderen Weg gewählt haben, denn wir haben nicht die große Trommel ausgepackt, wir haben kein großes Tamtam veranstaltet. Wir haben stattdessen mit Bedacht und vor allem konstruktiv die Verhandlungen maßgeblich mitbestimmt. Wir ha-

ben leise, dafür aber umso energischer und zielorientierter die Interessen des Landes verfolgt und diese in ein großes Gesamtpaket gepackt.

Der Erfolg gibt uns Recht. Wir haben ein Kompromissmodell entwickelt, auf das sich zunächst die Länder untereinander und nun auch der Bund mit den Ländern geeinigt haben. Wir haben die Einigung nicht vor Gericht erstritten, wir haben sie nicht im Gegensatz durchgesetzt, wir haben sie im Einvernehmen mit allen Beteiligten klug ausverhandelt und damit nicht nur ein nötiges Ergebnis erzielt, sondern auch eine Atmosphäre der Solidarität, die wir auch in Zukunft weiter brauchen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf können wir mit Recht stolz sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unser saarländischer Weg hat zum Erfolg geführt. Er war bisher geprägt durch Klarheit, durch Glaubwürdigkeit, durch kluge Ideen und harte Arbeit in der Sache. Ob der am 14. Oktober erzielte Erfolg ein Erfolg auf Dauer sein wird, haben wir in der Hand. Dazu müssen wir, das ist meine feste Überzeugung, den saarländischen Weg fortsetzen. Wir haben jetzt die realistische Aussicht, dass wir im Saarland ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden aufnehmen müssen. Das ist etwas, was uns viele in diesem Land nicht zugetraut haben. Zweitens: Wir können unter realistischen Annahmen nicht nur die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten, sondern darüber hinaus in den Schuldenabbau einsteigen, wie jedes andere Land der Bundesrepublik Deutschland auch. Damit tragen wir zur Verringerung des Haushaltsrisikos bei und wir nehmen Lasten von den Schultern unserer Kinder und unserer Enkel, und das sollte es uns wert sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Drittens - und das ist für die Zukunftsgestaltung mindestens genauso wichtig - können wir mehr investieren, sowohl in die Sanierung der Infrastruktur als auch in zukunftsgerichtete Projekte. Wir müssen die Einigung vom 14. Oktober also als Chance sehen, die wir mit beiden Händen packen müssen. Wir haben es selbst in der Hand.

Wir stehen an einer Weggabelung: Entweder wir nutzen die Chance, um das Saarland gemeinsam in eine gute Zukunft zu führen, indem wir mit Augenmaß auch in Zukunft eine kluge Haushaltspolitik betreiben, abwägen und sowohl Prioritäten als auch Posterioritäten setzen. Oder wir verspielen die Chance, indem wir genau das nicht machen und schnell in eine dann selbst verschuldete Haushaltsnotlage schlittern. Dann sollte sich aber niemand mehr Hoffnungen auf die Hilfsbereitschaft der bundesstaatlichen Gemeinschaft machen.

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Zunächst aber müssen wir die ehrgeizigen finanzpolitischen Herausforderungen in den Jahren bis zum Inkrafttreten der Neuordnung bewältigen. Wir haben immer gesagt, der Sanierungspfad ist ein steiniger Weg und das schwerste Stück dieses Weges liegt noch in den Jahren 2018 und 2019 vor uns. Zwischen 2012 und 2017 haben wir das strukturelle Defizit von 896 auf 369 Millionen Euro abgebaut. Das ist ein Rückgang um rund 59 Prozent, das sind 106 Millionen Euro pro Jahr. In den Jahren 2018 und 2019 wird aber ein weiterer kräftiger Rückgang um rund 250 Millionen Euro von uns verlangt, bevor im Jahr 2020 die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie die Schuldenbremse mit dem Verbot einer Neuverschuldung greifen. Schwierige, ja schwierigste Jahre liegen noch vor uns.

Über die Eckpunkte der weiteren Wegstrecke bis einschließlich 2019 werden wir uns im Detail noch mit dem Bundesfinanzministerium und dem Stabilitätsrat abstimmen. Erste Gespräche werden wir in Kürze gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus Bremen aufnehmen. Wie auch immer diese Gespräche ausgehen, eines ist doch heute schon klar: In Sachen Haushaltsdisziplin, in Sachen Reformmaßnahmen, vor allem mit Blick auf unsere öffentliche Verwaltung, auf unsere Landesverwaltung, werden und dürfen wir nicht nachlassen. All die Schritte, die wir 2012 vereinbart haben und deren Umsetzung derzeit in vollem Gange ist, all das müssen und werden wir konsequent fortsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden die inzwischen bundesweit als saarländischer Weg bekannte Strategie der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen allen relevanten landespolitischen Akteuren fortsetzen, mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen, mit den Wirtschaftsverbänden, mit den Sozialverbänden. Die besten Entscheidungen fallen immer dann - und sind in der Vergangenheit immer dann gefallen -, wenn alle Fakten und Zusammenhänge auf dem Tisch liegen und vernünftige Kompromisse im Interesse des Landes entwickelt werden. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen und diesen Weg wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Das Projekt „Zukunftssicheres Saarland 2020“ ist ein laufender Prozess. Wir haben mit Augenmaß auf die Veränderungen im Bereich der demografischen Entwicklung reagiert und den Stellenabbau auf der Zeitachse gestreckt. Wir bleiben dabei, dass ohne Kündigungen die Zahl der Stellen um 2.400 reduziert wird. Allerdings können wir diese Zahl nicht bereits im Jahr 2020, sondern erst im Jahr 2022 erreichen.

Auch die anderen in unserem Sanierungsprogramm enthaltenen Maßnahmen werden wir wie geplant

umsetzen. Durch die Einrichtung von Shared-Service-Bereichen wie bei der IT professionalisieren wir die Strukturen und Abläufe, werden leistungsfähiger und erzielen zugleich Synergieeffekte, die zu Haushaltsentlastungen und damit zur Verwendung der Mittel an anderer Stelle genutzt werden können. Dieser Weg war richtig und deshalb sollten wir ihn auch konsequent fortsetzen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg für unser Land war und ist - dies sage ich ganz bewusst - die Schuldenbremse. Durch die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz konnten wir Bund und Länder dazu bringen, sich ernsthaft mit den Ursachen der extrem schwierigen Haushaltslagen im Saarland und in Bremen auseinanderzusetzen. Solange in der Vergangenheit einzelne Länder immer wieder auf den Ausweg der weiteren Verschuldung verwiesen werden konnten, war es der übrigen Solidargemeinschaft möglich, der Beschäftigung mit diesem Problem aus dem Weg zu gehen. Sobald aber harte Verschuldungsgrenzen in der Verfassung verankert sind und näher rücken, deren Verletzung die Glaubwürdigkeit des deutschen Föderalstaates gefährden könnte, reichen vage Appelle nicht mehr aus. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat uns die Chance eröffnet, diesen Nachweis zu führen.

Aber auch unabhängig davon hatte und hat die Schuldenbremse ihren Sinn. Wir vertreten alle in allen Bereichen - und ich meine zu Recht - eine Politik der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr zu verbrauchen, als einem zur Verfügung steht oder als das, was man sich leisten kann. Das halten wir für richtig. Ich frage mich jedoch: Warum soll das gerade beim Geld nicht gelten?

Unser Ziel ist und bleibt, dass das Saarland ein starkes, attraktives Land ist und dass wir dieses Saarland als starkes und attraktives Land in die Zukunft führen. Stark und attraktiv kann ein Land nur sein, wenn auch seine Städte, Gemeinden und Kreise auf Dauer stark und attraktiv sind. Deshalb werden wir Haushaltsverbesserungen in der Zukunft auch zur Stärkung unserer kommunalen Ebene nutzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Land und Kommunen bilden eine Schicksalsgemeinschaft in diesem Land. Wir können nur gemeinsam die Zukunft gut bestehen. Deswegen müssen wir auch in einem fairen Ausgleich die Kommunen am Erfolg, am Ergebnis mit teilhaben lassen. Dies werden wir auch tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sobald die Gesetzgebungsarbeiten am neuen Finanzausgleich und an den Kompetenzübertragungen abgeschlossen sind - es wird noch viel Herzblut und auch Hirnschmalz erfordern, um es noch in dieser Legislaturperiode zu schaffen -, werden wir mit

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

den Kommunen die Gespräche über ihre Beteiligung an diesem erreichten Ergebnis aufnehmen. Im Gegenzug halten wir am Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung der kommunalen Haushalte sowie an der Schaffung von möglichst effizienten Verwaltungsstrukturen fest. Denn wir wollen, dass der faire Ausgleich mit den Kommunen auch eine dauerhafte Gesundung der kommunalen Finanzen für die Zukunft mit sich bringt. Deshalb muss dieser Wirkzusammenhang auch geknüpft werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein starkes und attraktives Land mit ebensolchen Kommunen muss sich auch durch gute Infrastruktur auszeichnen. Das ist entscheidend für die Attraktivität und Lebensqualität in diesem Land. Das ist nicht nur eine Frage, die uns hier im Saarland umtreibt. Es ist eine Frage, die uns in ganz Deutschland umtreibt, vielleicht nach Himmelsrichtungen etwas unterschiedlich in der Intensität und mittlerweile im Westen stärker als im Osten. Dieser Aufgabe werden wir uns sicherlich gemeinsam in den nächsten Jahren auf Bundes- und auf Landesebene zu stellen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren im Rahmen unserer Möglichkeiten, die weiß Gott nicht sehr groß waren, in unsere Infrastruktur investiert. Gerade im letzten Plenum haben wir ausführlich darüber beraten und an der ein oder anderen Stelle darüber gestritten. Wie sollte es bei diesem Thema auch anders sein?

Wir haben darüber hinaus neben dem Bund-Länder-Finanzausgleich eben auch weitere finanzielle Verbesserungen bei Verhandlungen auf der Bundesebene erreicht, die wir in Zukunft für Investitionen in Infrastruktur nutzen können.

So unterstützt der Bund mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz vor allem die finanzschwachen Kommunen in Deutschland. Das Saarland erhält aus diesem Programm 75,3 Millionen Euro, das heißt, nicht das Saarland als Land, sondern in der Breite die saarländischen Städte und Gemeinden. Der Anteil des Saarlandes beträgt damit 2,15 Prozent und ist fast doppelt so hoch wie der Bevölkerungsanteil des Saarlandes an der allgemeinen Bevölkerung in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lange Jahre haben Bund und Länder sowie Länder untereinander - die Kollegin Anke Rehlinger weiß, wovon ich Rede - um die Höhe und um die Verteilung der Regionalisierungsmittel, die insbesondere die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs gewährleisten, gerungen. Wir alle wissen, wie wichtig eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und auch gute Verkehrsanbindungen, auch aus dem Land heraus, für unser Land sind. Auch das Verhandlungsergeb-

nis zu diesem Thema ist erfreulich und mehr als erfreulich.

Noch im Jahr 2014 erreichten die Mittel einen Betrag von rund 7,3 Milliarden Euro. Jetzt werden es anfänglich 8,2 Milliarden Euro sein, ein Betrag, der jährlich bis zum Jahr 2031 um 1,8 Prozent wachsen wird. Für unser Land sind das im laufenden Jahr statt der veranschlagten 96,3 Millionen Euro nunmehr 105,6 Millionen Euro. Im Zeitraum 2016 bis 2031 steht uns für diese Aufgabe nunmehr ein Volumen von rund 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist auch das Ergebnis unserer Bemühungen in diesen Bund-Länder-Beratungen, die Verteilung der Mittel eben nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern nach dem jeweiligen Bedarf vorzunehmen. Der Osten und die östlichen Bundesländer haben sicherlich Aufholbedarf, viele Regionen im Westen aber eben auch. Diesem Gedanken sind die Kollegen gefolgt. 1 Million Euro pro Jahr aus einem den ostdeutschen Ländern vorbehaltenen Topf hat uns das zusätzlich aus der Ländersolidarität bei den Regionalisierungsmitteln gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun kann man ja der Meinung sein, 1 Million Euro ist ein kleiner Betrag, aber es ist die erste Regelung in einem Fördertopf, die davon abweicht, dass Mittel alleine nach der Himmelsrichtung vergeben werden, und die uns an einen Topf bringt, der für Ostländer vorgesehen war. Denn man hat gesagt, auch im Saarland, auch im Westen gibt es besondere Bedarfe. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es muss die Marschrichtung für die Zukunft sein, in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nach Himmelsrichtungen zu verteilen, sondern nach Bedarfen. Nur so können wir die Zukunft weiter gestalten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Bund beteiligt sich an den Kosten des Breitbandausbaus im Saarland in Höhe von rund 7,8 Millionen Euro, das sind rund 60 Prozent der Gesamtkosten. Dazu kommt der Landesanteil von rund 7,5 Millionen Euro, der stammt größtenteils aus den Versteigerungserlösen des Bundes der Digitalen Dividende II. Was im Gegensatz zu anderen Flächenländern als vergleichsweise geringer Betrag daherkommt, ist deshalb etwas Besonderes, weil wir es gemeinsam mit dem eGo-Saar geschafft haben, als einziges Bundesland einen Förderantrag für ein gesamtes Bundesland und nicht nur für einen Kreis einzureichen, weil dieser Förderantrag bewilligt worden ist und weil wir es damit schaffen, innerhalb der nächsten Jahre eine gute Qualität beim Breitbandausbau flächendeckend, gerade auch für die ländlichen Regionen, zu erreichen. Hinzu kommen wird das spezielle Saarland-Netz mit der Qualität der Glasfaser, die wir insbesondere für effektive öffentliche und Verwaltungsstrukturen brauchen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bereiten

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

wir uns in der Infrastruktur auf die Zukunft vor. Wir sind hier besser, schneller und flächendeckender als andere Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Auch das ist ein Verdienst und auch darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Seit 2015 trägt der Bund die Finanzierung des Bafög für Schüler und Studierende in voller Höhe und auf Dauer. Für das Saarland ergibt sich daraus eine Haushaltsentlastung von rund 6 Millionen Euro jährlich, die wir zusätzlich für den Bereich Bildung, Schulbildung und Hochschulen einsetzen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist etwas Bemerkenswertes, denn wir sind eines der ganz wenigen Länder - und das bei unserer Haushaltsnotlage -, die dieses Geld nicht genutzt haben, um Löcher an anderer Stelle zu stopfen, sondern die gesagt haben, dieses Geld fließt dahin, wo es hingehört, nämlich in die Köpfe unserer Kinder. Darauf können wir stolz sein. Auch das ist im Bund bemerkt worden und auch das war ein Mosaikstein auf dem Weg zu unserem Erfolg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Im Rahmen des Hochschulpaktes - auch das will ich erwähnen - werden den Hochschulen für die Zwecke der Förderung der Wissenschaft für jeden zusätzlichen Studienanfänger im Vergleich zur Referenzzahl aus dem Jahr 2005 rund 26.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bei den Verhandlungen zum sogenannten Hochschulpakt II ist es dem Saarland gelungen, den Bundesanteil von 50 Prozent an diesem Betrag maximal zu erhöhen. Insgesamt wird das Saarland voraussichtlich zwischen 2007 und 2023 dann Bundesmittel von rund 222 Millionen Euro ins Land bekommen und vereinnahmt haben. Zudem haben wir erreicht, dass das Saarland als einziges westdeutsches Flächenland vom sogenannten Vorwegabzug für die Stadtstaaten und die ostdeutschen Flächenländer ausgenommen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil gerade dieser Tage die neuen Studierendenzahlen veröffentlicht worden sind, weise ich darauf hin: Wir haben es bei aller Debatte auch um die Hochschulen geschafft, die Anfängerzahlen stabil zu halten. Was uns jetzt an Studierendenzahlen verloren gegangen ist, ist vor allen Dingen dem Auslaufen des doppelten Abiturjahrgangs im Saarland geschuldet, der damals eine große Welle von neuen Studienanfängern ins Land gebracht hat. Insofern glaube ich, dass wir an unseren Hochschulen im Saarland auf einem guten Weg der Konsolidierung und Zukunftsgestaltung sind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Investitionen sind kein Selbstzweck. All diese Investitionen dienen einzig und allein einem Zweck: dass die Menschen in unserem Land gut und gerne leben. Und ich bin erfreut darüber, dass die groß angelegte Umfrage der Bundesregierung zur Frage, was sich denn die Menschen in Deutschland wünschen, genau diesen Befund auf den Tisch gebracht hat. Vielleicht sind wir im Saarland auch als Politikerinnen und Politiker etwas bodenständiger, denn wir haben das schon gewusst, bevor es eine Umfrage gegeben hat. Wir hätten diese Umfrage sicherlich nicht gebraucht. Aber es jetzt schwarz auf weiß zu haben, ist auch ein Wert an sich.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu der Frage, ob jemand gut und gerne in diesem Land lebt, gehört vor allem auch - und auch das ist heute Morgen belegt worden -, ob er sich sicher und geborgen fühlen kann. Dies ist ein großer Wert angesichts von Terrorgefahr, angesichts von Kriminalität, die die Menschen in zunehmendem Maße verunsichern. Entgegen dem bundesweiten Trend haben wir es im Saarland geschafft, gerade einen Bereich der Kriminalität, der die Menschen in einer ungeheuren Art und Weise belastet, nämlich den Bereich der Einbruchskriminalität, im vergangenen und auch in diesem Jahr spürbar zurückzuführen. Ganz ähnlich ist uns dies auch in anderen Deliktfeldern gelungen, etwa bei den Autodiebstählen. Dies ist uns gelungen zum einen aufgrund gezielter, moderner Fahndungsmethoden, zum anderen dank einer intensiven Präventionsarbeit. Ich darf mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen der saarländischen Polizei ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Aber diese Erfolge sind längst nicht genug. Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unserer staatlichen Organe gewinnen und erhalten wir nur, wenn wir unsere Anstrengungen fortsetzen. Wir werden deshalb weiter für eine bedarfsgerechte personelle wie auch technische Ausstattung der Polizei sorgen müssen. Wir werden auf Bundesebene all diejenigen Maßnahmen unterstützen, die unsere Polizei wie auch die Helferinnen und Helfer der „Blaulichtverbände“ vor wachsender Aggressivität und Gewalt schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diejenigen, die in welcher Uniform auch immer Tag für Tag ihren Kopf und ihre Knochen für unser Wohlbefinden und unsere Sicherheit hinhalten, haben es verdient, dass wir uns vor sie stellen, dass wir sie schützen vor Angriffen, Übergriffen und Beleidigungen. Das ist das Mindeste, das wir für diese Menschen tun können.

(Beifall von den Regierungsfraktionen, bei der LINKEN und von Ministerin Bachmann.)

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Wir werden auch darüber reden müssen, die Möglichkeiten der Videoüberwachung zu nutzen und gegebenenfalls auch auszuweiten, um das Risiko strafbaren Handelns für die Täter merklich zu erhöhen. Wir spüren ja, dass wir diese Diskussion im Land haben, und zwar parteiübergreifend und auch zwischen kommunaler und Landesebene. Deshalb sollten wir diese Diskussion mit der gebotenen Sachlichkeit führen, wir sollten uns ihr nicht von vornherein verschließen. Wenn aus dieser Diskussion etwas Positives erwachsen kann, das die Sicherheit unserer Bürger stärker gewährleistet als bisher, sollten wir an diesem Punkt durchaus den Mut haben, zu handeln.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von Ministerin Bachmann.)

An uns liegt es auch, ob die Menschen im Land Vertrauen haben in die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Mit der menschenwürdigen Aufnahme der Flüchtlinge, vor allem im vergangenen Jahr, haben unsere Kommunen, Vereine und Verbände und damit viele, viele Ehrenamtliche eine große, eine großartige Leistung vollbracht. In wenigen Regionen Deutschlands hat dies so gut funktioniert wie bei uns hier im Saarland. Nun kommt es darauf an, diese Menschen bestmöglich zu integrieren. Wir haben ihnen hierzu in kurzer Zeit auch im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten vielfältige Chancen und Möglichkeiten eröffnet - in den Integrationskursen, an den Schulen, in den Hochschulen, in den Betrieben, auf dem Arbeitsmarkt und auch auf dem Wohnungsmarkt. Das war und bleibt eine gewaltige Kraftanstrengung. Hierfür können wir aber auch erwarten, dass die, die zu uns gekommen sind, diese Chancen bestmöglich nutzen und sich mit ihren Fähigkeiten positiv in unsere Gesellschaft einbringen. Hierfür gibt es auf der Seite dieser Menschen auch eine hohe Bereitschaft.

Es gibt aber auch Fälle, meine sehr geehrten Damen und Herren, in denen dies nicht so ist, und dieses Problem dürfen wir weder tabuisieren noch schönreden. Dies sollten wir vielmehr offen ansprechen und dem sollten wir auch entgegenwirken, indem wir ganz klare Integrationsverpflichtungen festschreiben. Und da, wo wir nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände auf unrechtmäßige Aufenthalte stoßen oder wo das Aufenthaltsrecht durch kriminelle Handlungen erwirkt wird, sollten wir die schnelle und konsequente Abschiebung betreiben. Nur so werden wir erreichen, dass die aufnehmende Bevölkerung auch in Zukunft und auf Dauer noch Ja sagt zu einer Flüchtlingspolitik, die ihren humanitären Verpflichtungen auch gerecht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Fortschritt bedeutet für mich jedoch nicht nur technologische Dynamik und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Fortschritt bedeutet für mich auch, Humanität und soziales Miteinander zu fördern. Eine gute Versorgung alter, kranker und behinderter Menschen, insbesondere im ländlichen Raum, wird auch in den kommenden Jahren ganz oben auf der Agenda stehen. Dabei werden wir innovative Wege gehen müssen hin zu einer noch engeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Hilfe. Und wir werden in diesem wie auch in zahlreichen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens das freiwillige ehrenamtliche Engagement noch stärker fördern müssen. Wir wollen damit nicht hauptamtliche Strukturen ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen, und dafür brauchen wir ein gutes Miteinander von Ehrenamt und Hauptamt. Das war immer unsere Linie in diesem Land, und das wird sie sicherlich auch in Zukunft bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Nicht zuletzt müssen wir den Ehrgeiz haben, eine besondere Familienfreundlichkeit zum Markenzeichen dieses Landes zu machen. Vor Kurzem sind die neuen Bevölkerungszahlen bekannt geworden. Natürlich ist jede Entscheidung zur Familiengründung und für ein Kind eine höchst persönliche Entscheidung. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, so wenig ich glaube, dass der Bund durch gezielte Anreizprogramme diese Entscheidung am Ende des Tages wirklich beeinflussen kann, so sehr glaube ich, dass sie durchaus auch davon abhängt, ob eine Region den Geist ausstrahlt, dass Kinder und Familien willkommen sind oder eben nicht. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, wenn wir wollen, dass mehr Kinder in diesem Land geboren werden und leben, dann muss dieser Geist unser Handeln durchdringen, dann müssen wir noch familienfreundlicher werden, als wir es heute schon sind. Das ist kein „Gedöns“, sondern eine ganz reale und klare Zukunftsaufgabe, die wir vor uns haben. Ja, ihre Bewältigung wird auch zu Ausgaben an der ein oder anderen Stelle führen, das lässt sich nicht vermeiden. Aber das ist auch richtig so, denn Familien fördert man nicht nur durch gute Worte, sondern eben auch durch harte Währung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber die größte Herausforderung, vor der wir stehen, ist die Digitalisierung. Das ist übrigens eine Herausforderung, die jeder Einzelne von uns mit jedem Klick auf seinem Smartphone, seinem Tablet, seinen PC tagtäglich ein kleines Stück und ganz individuell wachsen lässt. Die Digitalisierung fordert uns auf allen Ebenen. Aber sie eröffnet uns auch auf allen Ebenen Möglichkeiten und Chancen.

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

Gerade hat zum ersten Mal das Digitalisierungsforum Saar getagt. Wir haben dort mit mehr als 120 Vertreterinnen und Vertretern aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gruppen im Land eine Arbeitsagenda festgelegt. Große Kapitel dieser Agenda sind Infrastruktur, Wirtschaft, Bildung und Lebensqualität. Wir brauchen einen breiten und von vielen Menschen getragenen Prozess, der Antwort auf eine einzige Frage gibt: Was müssen wir tun, damit sich die Digitalisierung für die Menschen im Saarland positiv auswirkt? Wir waren uns bei diesem Forum sehr einig. Gewiss, die Beispiele aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Estland, sind anregend und interessant. Wir wissen aber, dass wir diese Beispiele nicht einfach eins zu eins auf Deutschland übertragen können, denn wir haben hierzulande eine andere Ausgangssituation. Wir können gleichwohl dafür sorgen, dass wir uns diesem Thema offensiv stellen, dass wir diese Dinge selbst vorantreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht bei diesen von uns unternommenen Anstrengungen nicht darum, irgendwann, in vielleicht vier Monaten, als drittes oder viertes Bundesland eine eigene Digitalisierungsstrategie in Buchform auf den Markt zu bringen. Es geht darum, ein bisschen den Geist von Estland aufzunehmen - das war das eigentlich Beindruckende an dem Beispiel von Estland. Dort hat man bei vielen Punkten gesagt: Wir starten einfach einmal mit einem Projekt. Wir probieren es aus. Wenn es funktioniert, dann bleibt es, und wenn es nicht funktioniert, dann versuchen wir etwas Neues. - Dass nun aus dieser Runde heraus direkt schon die ersten Vorschläge kamen, was man jetzt konkret tun könnte, ist aus meiner Sicht ein Beleg dafür, dass das funktioniert. Es gab den Vorschlag von unserem geschätzten Kollegen Jo Leinen, die nächste Landtagswahl in digitalisierter Form durchzuführen. Dass wir das wirklich bis zum 26. März 2017 schaffen, daran habe ich bei allem Vertrauen in unsere Innovationskraft einige Zweifel, aber es werden ja noch weitere Wahlen folgen. Die VSU hat vorgeschlagen zu überlegen, ob wir in Zukunft unsere Kraftfahrzeuge sozusagen vom Wohnzimmer aus digital zulassen können. Das sind konkrete Punkte, über die wir nachdenken müssen.

Angesichts dessen sage ich ganz deutlich: Wir brauchen vor der Digitalisierung keine Angst zu haben. Ob sie für uns positiv verläuft oder nicht, das haben einzig und allein wir in der Hand. Wir sind die Treiber, nicht aber diejenigen, die getrieben werden.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

In wenigen Wochen wird im Saarland der Nationale IT-Gipfel stattfinden. Er steht unter dem Motto „Lernen und handeln in der digitalen Welt“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kinder, die jetzt zur Schule gehen, die Kinder, die jetzt geboren wer-

den, werden in einer digitalisierten Welt aufwachsen. Wenn sie sich dort als selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen behaupten wollen, dann müssen sie wissen, wie diese Welt funktioniert. Sie müssen die Spielregeln kennen und sie müssen sie beherrschen. Denn wenn sie dies nicht tun, werden sie beherrscht - und das wollen wir nicht zulassen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es klassischer Erziehung, klassischer Charakter- und Herzensbildung sowie eines offenen und unbefangenen Umgangs mit neuen Technologien, und zwar über alle Klassen und alle Schulformen hinweg. Ja, wir brauchen dafür Infrastruktur und Technik, aber darüber hinaus auch Pädagogik, Inhalte, Vermittler, die sich diesen Anforderungen stellen. Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung, denn das ist aus meiner Sicht eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Auf diese Zukunft haben wir auch unsere Wissenschafts- und Hochschullandschaft gezielt ausgerichtet. Mit dem Landeshochschulentwicklungsplan, mit den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, mit unserer Strategie für Innovation und Technologie Saarland haben wir inhaltlich die entscheidenden Weichen für das kommende Jahrzehnt gestellt. Auf dieser Grundlage und auf der Basis der dann vorhandenen finanziellen Spielräume werden wir alles daran setzen, unsere deutschland- und europaweite Spitzenposition in wichtigen Zukunftsfeldern weiter auszubauen. Ja, ich will das an dieser Stelle deutlich sagen: Die Debatte um den Globalhaushalt ist uns nicht leichtgefallen. Aber wir haben auch deutlich gesagt, dieser Globalhaushalt ist die Versicherung bei einer Linie nach unten in einer Zeit, die finanzpolitisch mehr als schwierig ist. Und wir haben gesagt, wenn wir wieder mehr Spielraum bekommen, dann werden wir diesen Spielraum gerade zugunsten von Wissenschaft, Bildung und Forschung in diesem Land nutzen. Darauf können sich die Hochschulen in diesem Land verlassen, und das ist gut so, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, wir sind uns in diesem Haus einig, dass das ebenso für die berufliche Bildung und die Weiterbildung gelten muss. Wir brauchen in diesem Land eben nicht nur die an der Hochschule Ausgebildeten, wir brauchen in diesem Land genauso und mit der gleichen Qualität diejenigen, die im dualen System ausgebildet sind. Wir brauchen diejenigen, die im Handwerk ausgebildet sind und später auch bereit sind, ein Unternehmen zu übernehmen oder zu gründen und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir brauchen auch - und da schaue ich auf die Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Arbeitskammer - ein Klima der Weiterbildung in unserem Land. Die These, dass man nie auslernt, ist richtig,

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

und sie war noch nie so richtig wie in dieser Zeit. Die Zeiten, in denen man gesagt hat, ich habe einmal im Leben etwas gelernt und das reicht für das ganze Leben aus, diese Zeiten sind vorbei. Angesichts der Schnelligkeit der Entwicklung müssen insbesondere auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mithalten, denn dieses Mithalten ist die beste Versicherung für einen guten und sicheren Arbeitsplatz auch in der Zukunft. Deswegen werden wir unsere Anstrengungen im Bereich Weiterbildung verstärken müssen. Wir müssen hierfür werben, wir müssen beste Rahmenbedingungen setzen. Weiterbildung ist eine der besten Investitionen in die Zukunft, die wir in diesem Land tätigen können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Heute sind wir ein wirtschaftsstarkes Bundesland. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegen wir bei den Flächenländern noch vor Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und den neuen Bundesländern auf dem fünften Platz. Um diese Position zu behaupten oder gar zu verbessern, werden wir als Land die Digitalisierung der Saarlwirtschaft nach Kräften fördern müssen, und zwar nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Wir werden hierzu Impulse geben und beste Rahmenbedingungen schaffen müssen. Wir sind schon auf dem Weg und haben die Innovationsstrategie, die Strategie Industrie 4.0 oder Wirtschaft 4.0, und die Digitalisierungsoffensive gestartet. Alles mit einem Ziel: Wir wollen die guten Arbeitsplätze eben nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft in unserer Region schaffen und erhalten. Dazu müssen wir aber auch an den klassischen Rahmenbedingungen wie Flächenverfügbarkeit, Kosten und vor allem gut ausgebildeten Arbeitskräften weiterarbeiten und sie immer weiter positiv begleiten.

Das neueste Prognosebarometer sagt uns jetzt, dass sich die Stimmung bei den saarländischen Unternehmen eingetrübt hat, insbesondere auch weil der Export etwas schwächelt. Das ist etwas, was gerade uns hier zu denken geben muss. Bei aller durchaus berechtigter Debatte, die wir über das Thema Freihandel und über das ein oder andere Abkommen führen, sollten wir nicht ganz außer Acht lassen, dass gerade wir im Saarland mit unserer Wirtschaftsstruktur auf einen funktionierenden Freihandel und einen funktionierenden Export vielleicht existenzieller angewiesen sind als andere Regionen in Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gilt auch für andere Entscheidungen, die wir zum Beispiel im Bundesrat zu treffen haben. Wir alle haben uns zum Klimaschutz bekannt und die Vereinbarungen mit unterzeichnet, wir tragen sie auch. Wir und diese Landesregierung werden aber keine Politik un-

terstützen, die Klimapolitik und die Einhaltung der Klimaziele dadurch gewährleistet, dass sie Entwicklungen im Automobilbereich ohne vernünftigen Übergang so vorantreibt, dass wir Gefahr laufen, jeden vierten Arbeitsplatz in diesem Land aufs Spiel zu setzen. Das ist Selbstmord, das ist Versündigung auch an den Menschen in diesem Land, das wird mit uns nicht zu machen sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ja, wir wollen diese Veränderungen vorantreiben, aber wir wollen sie so nach vorne treiben, dass sie für unser Land auch passen und auf den Strukturen unseres Landes aufbauen. Deshalb sind all diese Diskussionen für uns nie nur losgelöste und akademische Diskussionen, sondern sie müssen immer mit den besonderen Bedürfnissen des Saarlandes rückgekoppelt werden. Das macht gute, bodenständige und vertrauensbildende Politik aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Saarländerinnen und Saarländer, wir alle haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einen langen und entbehrungsreichen Weg zurückgelegt. Mit den Ergebnissen vom 14. Oktober haben wir erstmals eine wirkliche Chance, unsere finanzielle Lage nachhaltig positiv zu verändern und unsere Zukunft zu gestalten. Dabei, das will ich nicht verschweigen, liegt das letzte beschwerlichste Stück des Weges noch vor uns. Aber auch diese Anstrengung wird sich lohnen, weil auf uns die Zukunft wartet. Ob diese Zukunft auf Dauer oder nur vorübergehend positiv sein wird, das haben wir in der Hand. Dieser Verantwortung müssen und wollen wir gerecht werden. Liebe Saarländerinnen und Saarländer, das erwarten Sie von uns, das erwarten Sie mit Recht von uns. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter und lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Zu dem Thema der Regierungserklärung hat DIE LINKE-Landtagsfraktion einen Beschlussantrag eingebracht.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Eigenständigkeit sichern - Reichtum besteuern - faire Lösungen für Altlasten finden (Drucksache 15/1976)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie eine Vorbemerkung. Ich werde natürlich zum gesamten Fragenkomplex Stellung nehmen, da sich beide Komplexe überschneiden. Unser Antrag hat den Schwerpunkt der Investitionen, darauf werde ich natürlich im Rahmen meiner Ausführungen eingehen, aber zunächst eben mal eine gesamte Würdigung. Das Saarland bekommt also mehr Geld ab dem Jahre 2020. Das ist für uns alle Anlass zur Freude. Deswegen möchte ich all denjenigen Dank und Anerkennung aussprechen, die dieses Ergebnis erreicht haben. Das gehört sich so, wir haben überhaupt kein Problem damit. Also, Anerkennung dafür, dass wir ab 2020 mehr Geld bekommen.

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Das wird auch nicht dadurch geschmälert, obwohl das von Bedeutung ist, dass alle Bundesländer mehr Geld bekommen. Wenn wir unser Anliegen hier besprechen und unsere Situation würdigen wollen, müssen wir uns immer im Vergleich zu allen anderen Bundesländern sehen, ansonsten hat das keinen Zweck, unsere Position zu bestimmen. Wir arbeiten zwar zusammen, aber auf der anderen Seite sind wir im Wettbewerb, wenn es um Infrastrukturinvestitionen, um Schulwesen und Universitäten geht, das wissen Sie alle. Deswegen müssen wir immer schauen, ob wir im Wettbewerb mit allen anderen mithalten können.

Ich beziehe in meinem Dank natürlich auch diejenigen mit ein, die diesen Kompromissvorschlag mit ausgearbeitet haben, davon haben Sie gesprochen, Frau Ministerpräsidentin. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Überlegung, die Umsatzsteuer stärker mit heranzuziehen, schon auf Franz Josef Strauß zurückgeht. Es war gut, dass man in dieser schwierigen Situation einen Ausweg gefunden hat. Ich weiß, was das bedeutet - ich sehe die Herren hier sitzen -, wenn man nachts um 3.00 Uhr noch rechnen und immer wieder zum Finanzminister oder zur Ministerpräsidentin rennen muss: „Geht das oder geht das nicht?“ Das ist eine enorme Anstrengung. Deshalb möchte ich allen Beamtinnen und Beamten, die beteiligt waren - das waren sicherlich nicht nur die zwei, die eben genannt worden sind -, herzlich von dieser Stelle aus danken. Ich nehme an, das ganze Haus sieht das so.

(Beifall des Hauses.)

Nun ist es unsere Aufgabe trotz der Freude darüber - ich sage das noch einmal -, dass wir ab dem Jahr 2020 mehr Geld bekommen, unsere Position richtig zu bestimmen. Damit der ein oder andere von Ihnen es sich nicht zu leicht macht und sagt, die Opposition muss immer wieder meckern oder Wasser in den

Wein gießen, will ich den Kollegen Roth zitieren. Ich weiß nicht, ob man Ihnen schon Vorwürfe gemacht hat, Herr Kollege Roth, dass Sie sich so freimütig geäußert haben, aber nach meinem Urteil haben Sie mit Ihrem Kommentar die Situation richtig beschrieben, deshalb möchte ich Sie hier zitieren. Sie haben die Einigung einen Etappensieg für das Saarland genannt. Das habe ich vorhin auch zum Ausdruck gebracht, das ist nach meiner Auffassung die richtige Würdigung. Sie sagen, dieser Etappensieg gäbe dem Land Zeit zum Durchatmen. Sie bedauern aber, dass es keinen Kurswechsel in der Politik gegeben habe und verweisen auf die Schuldenbremse. Sie sagen, die Schuldenbremse sei in letzter Zeit zu einer Investitionsbremse und Zukunftsbremse geworden. - Wir sehen das ganz genauso; wir glauben, dass in der heutigen Zeit das Festhalten an der Schuldenbremse ein großer Fehler ist. Ich will nicht nur auf die Tatsache verweisen, dass wir weltweit tatsächlich eine einmalige Situation haben, Minuszinsen, sondern auch dass wir an der Saar nach wie vor einen großen Investitionsstau haben. In dieser besonderen Situation wäre es wirklich notwendig, die Schuldenbremse anders zu sehen, als Sie sie gesehen haben, Frau Ministerpräsidentin. Ich gebe Ihnen völlig Recht, Herr Roth; wir brauchen mehr Luft, um Investitionen in die Zukunft zu tätigen.

(Vereinzelt Beifall bei der LINKEN.)

Ich gebe nur für diejenigen, die sich für solche Fragen interessieren, einen kleinen Hinweis. Wir haben global eine fundamentale Veränderung, was die Finanzmarktsituation hier angeht. Diese fundamentale Veränderung besteht darin, dass die einen, die bisher immer die Spargroschen verwandt haben, die Unternehmen, im Saldo sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa sich gar nicht mehr verschulden. Deshalb fallen sie als Abnehmer der Spargroschen aus. Deshalb ist der Staat in der Zukunft weitaus mehr gefordert, den ökonomischen Kreislauf sicherzustellen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich gebe nur den Hinweis, falls sich jemand für solche Zusammenhänge interessiert.

Auf jeden Fall haben Sie richtig darauf hingewiesen, Herr Kollege Roth, dass die Schuldenbremse ein Hemmnis darstellt, auch für uns. Ich werde das nachher ausführen. Wir brauchen Investitionen in diesem Land, wenn wir die Zukunft meistern wollen. Das ist der zentrale Ausgangspunkt meiner Betrachtung.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir uns einig waren - Sie haben davon heute nicht mehr so sehr gesprochen, Frau Ministerpräsidentin -, dass es angesichts des gewaltigen Schuldenbergs, den wir haben, der mit einem enormen Zinsrisiko verbunden ist, notwendig gewesen wäre, doch so etwas wie einen Altlastenfonds, einen Schuldentilgungsfonds oder wie immer man das nennt, zustande zu bringen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

gen. Sie und Ihr Finanzminister hatten richtigerweise diesen Schuldenfonds vor einem Jahr als A und O der ganzen Bemühungen benannt. Das heißt in Ihren Worten, wir haben das A und O leider nicht erreicht. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie dieses A und O erreichen wollten, dieses Alpha und Omega, aber wir haben es leider nicht erreicht.

So haben wir weiterhin diesen enormen Schuldenberg, der uns natürlich im Hinblick auf die Zinsentwicklung ganz anderen Risiken aussetzt als andere vergleichbare Länder. Insofern ist das bedauerlich. Ich weiß nicht, wie wir die Altschulden wegbekommen. Bei der jetzigen Perspektive, die wir haben, sehe ich das nicht. Sie würden das anders sehen, Sie haben die Hoffnung, dass Sie ab 2020 Schulden abbauen können. Wir werden sehen, wie sich das dann in Wirklichkeit entwickelt. Das kann man heute so oder so sehen.

Ich sehe dies von den Zahlen her noch nicht, aber wir werden das ja irgendwann feststellen. Der Kollege Roth hat richtigerweise aber nicht nur auf die Schuldenbremse hingewiesen, die nach wie vor unsere Arbeit hier erschwert. Er hat auch richtigerweise auf die Steuerpolitik hingewiesen, denn die Steuerpolitik, die wir derzeit auf Bundesebene haben, ist eben nicht in der Lage, die Länder und die Gemeinden finanziell in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die sie eigentlich erfüllen müssen. Das geht bei dieser Steuerstruktur nicht.

Deshalb haben wir einen Antrag vorgelegt, wie man diese Steuerstruktur verändern kann. Auch hier müssen wir uns nicht nur an anderen Bundesländern messen, sondern an anderen Ländern in der Welt. Ich habe immer wieder von dieser Stelle aus darauf hingewiesen - die OECD-Zahlen sind ja jedem zugänglich, wenn er es will -, dass etwa selbst die angelsächsischen Länder, was die Vermögenssteuern angeht, weitaus höhere Belastungen ausweisen als wir. Es ist bedauerlich, dass wir eine solche Machtstruktur in der Republik haben, dass sich ein gerechteres Steuersystem nicht durchsetzen lässt. Auf jeden Fall ist der Hinweis auf die Steuerpolitik sehr zu begrüßen.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, Herr Kollege Roth, ist der Punkt der Zentralisierung, wie Sie es genannt haben, also der Föderalismus. Auch hier sehen wir die Situation, das Ergebnis, anders als Sie, Frau Ministerpräsidentin. Wir glauben, dass die Vereinbarungen, die getroffen worden sind - nicht nur bei den Bundesautobahnen, sondern auch das zunächst positiv zu würdigende Ergebnis, dass Schulen saniert werden -, doch ein Manko haben, nämlich dass der Föderalismus in Deutschland auf dem Rückzug ist. Dasselbe gilt ja für die Möglichkeiten der Gemeinden, wirklich Selbstverwaltung zu betreiben. Das kann man an diesem einen Beispiel sehr deutlich zeigen. Es wäre doch viel besser,

wenn unsere Gemeinden in der Lage wären, aus eigenen Mitteln ihre Schulen zu sanieren, als dass sie beim Bund Anträge stellen und dann versuchen müssen, in irgendeiner Form zurechtzukommen.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Die Idee der kommunalen Selbstverwaltung ist keine Kritik an irgendeinem hier im Haus. Das ist ja eine Entwicklung, die wir seit vielen Jahren haben. Die Idee der kommunalen Selbstverwaltung ist ja eine demokratische Idee. Wir sehen doch, dass die Demokratie weltweit auf dem Rückzug ist. Das ist eine Diskussion, die wir weltweit führen.

Deshalb wäre es notwendig und sinnvoll gewesen, einem weiteren Abbau des Föderalismus entgegenzuwirken. Das ist keine besonders verdächtige Position jetzt etwa nur von unserer Fraktion. Das ist eine Position, die die altehrwürdige Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem ausführlichen Kommentar gewürdigt hat. Ich will hier nur sagen, bei aller Freude darüber, dass wir mehr Geld bekommen, ist es ein Nachteil, dass der Föderalismus weiter auf dem Rückzug ist. Das wollte ich in aller Klarheit sagen.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Ich will jetzt aus Zeitgründen zur Frage der Bundesautobahngesellschaft hier keine Ausführungen machen. Ich habe das öffentlich vorgetragen. Wir werden ja sehen, wie sich das entwickelt. Nur eines sollten Sie wissen. Man darf an dieser Stelle nun wirklich nicht blauäugig sein. Es ist doch seit Langem klar, dass sich unsere Versicherungswirtschaft, beispielsweise die Allianz, in einem Anlagenotstand befindet. Aus diesem Grund führen sie schon seit Langem Gespräche, sich an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen zu beteiligen. Ich weiß auch ganz genau, wer sich an diesen Gesprächen beteiligt hat.

Hier jetzt einfach zu versichern, diese Privaten werden nicht an diesen Investitionen beteiligt werden, ist doch sehr kühn, Frau Ministerpräsidentin. Ich wünschte, Sie hätten recht. Aber ich prognostiziere hier einmal - Sie können das dann gegebenenfalls noch einmal aufrufen -, dass die Entwicklung eine andere sein wird, und dass der Druck der Finanzbranche, größere Renditen zu erwirtschaften, insbesondere in diesem Zinsumfeld so stark werden wird, dass zu erwarten ist, dass diese Gesellschaft zwar formal das Eigentum halten wird, aber letztendlich privatisiert werden wird, und zwar in Teilen mit dem Ziel, größere Renditen für die Versicherungswirtschaft zu erzeugen. Deshalb halte ich auch diese Entscheidung nicht für gut. Es ist unsere Überzeugung, dass öffentliche Infrastruktur auch in öffentlicher Verantwortung weitergeführt werden muss. Alles andere hat sich nicht als Vorteil erwiesen.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Wenn man dieses Ergebnis „mehr Geld“ würdigt, dann muss man zunächst einmal die Zahlen sehen. Man sollte die Zahlen realistisch sehen. Zwei Dinge möchte ich hier nur in Erinnerung rufen. Die 500 Millionen Euro hören sich gut an, aber wir haben derzeit ja bereits 260 Millionen Euro als Sonderhilfe, also haben wir 240 Millionen Euro mehr, wenn man das schlicht und einfach einmal so betrachtet.

(Zuruf des Abgeordneten Theis (CDU).)

Ich sehe es vom jetzigen Zustand aus. Wenn Sie jetzt hier im Land wirtschaften müssen, dann wirtschaften Sie mit den 260 Millionen. Sie haben dann eben ab 2020 240 Millionen Euro mehr. Ich möchte nur nicht, dass Sie sich in die Tasche lügen, Herr Kollege Theis. Was ich hier sage, sind zwei Sachverhalte, die niemand bestreiten kann. Wenn Sie also ein Weiteres sehen - die Zahl hat die Ministerpräsidentin selbst genannt -, dass wir nach wie vor ein strukturelles Defizit von 369 Millionen Euro haben, dann müsste doch jedem hier klar sein, dass wir immer noch eine sehr enge finanzielle Situation haben.

Ich wiederhole noch einmal die Zahl. In Wirklichkeit haben wir gegenüber dem Ist-Zustand 240 Millionen Euro mehr zu erwarten. Wir haben gegenüber dem Ist-Zustand immer noch ein strukturelles Defizit von 369 Millionen. Da kann jeder, der bis drei zählen oder einfach nur addieren oder subtrahieren kann, sich ausrechnen, wie man das Ergebnis einordnen muss.

Nun komme ich zum eigentlichen Thema. Wenn man das Land nach vorne bringen will, wenn man die Zukunft des Landes sichern will, dann gibt es eine Schlüsselgröße, über die Sie viel zu wenig geredet haben, Frau Ministerpräsidentin, nämlich die Schlüsselgröße der Investition. Wir werden das Land überhaupt nur dann im Wettbewerb mit anderen Ländern positionieren können, wenn wir bei den Investitionen mit anderen Ländern einigermaßen mithalten. Da sieht es leider trotz der jetzigen Entscheidungen nicht sehr rosig aus.

Deshalb muss man die Zahlen noch einmal in Erinnerung rufen, die Sie leider nicht genannt haben. Nach den Zahlen der Industrie- und Handelskammern haben wir einen Rückstand von 114 Euro pro Kopf der Bevölkerung gegenüber dem Durchschnitt der Bundesländer, was dann auf das Jahr gerechnet 110 Millionen Euro ausmacht. Es gibt eine jüngere Statistik der PwC, die Sie immer heranziehen, die man mir heute gerade gegeben hat. Da ist der Rückstand nicht nur 110 Millionen Euro im Jahr, sondern 150 Millionen Euro im Jahr.

Die Zahlen können Sie auch, wenn Sie die Bundespresse verfolgen, ab und zu immer einmal wieder lesen. Ich will sie Ihnen vorlesen, damit Sie - wie soll ich es Ihnen sagen? - auch greifen können, worum es hier eigentlich geht. Die FAZ hatte kürzlich die In-

frastrukturausgaben von Ländern und Gemeinden miteinander verglichen. Da haben wir folgende Situation: Bayern liegt an der Spitze mit 934 Euro pro Kopf, dann kommt Sachsen mit 901 Euro, dann Baden-Württemberg mit 834 Euro, dann Brandenburg mit 807 Euro - ich springe jetzt -, dann Hessen mit 683 Euro, selbst Bremen mit 606 Euro, und wir werden mit 526 Euro auf dem zweitletzten Platz in dieser Statistik genannt.

Das zeigt doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, welches Problem wir hier im Saarland haben. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit auch wir Zukunftsinvestitionen in ähnlichem Umfang tätigen können wie andere Länder. Davon sind wir im Moment weit entfernt. Daher war die Bemerkung des Kollegen Roth über die Schuldenbremse richtig, daher ist seine Bemerkung über die Steuerpolitik richtig gewesen, und deshalb haben wir hier den Antrag vorgelegt und hoffen, dass er vielleicht den ein oder anderen zum Nachdenken bringt. Ohne eine Veränderung dieser Positionen wird das Saarland im Wettbewerb mit anderen Ländern, was die Investitionen angeht, nicht mithalten können, auch wenn wir uns über diese Verbesserung freuen.

(Beifall von der LINKEN.)

Die Zahlen sind eindeutig. Wir müssen uns Klarheit darüber verschaffen, dass diese Zahlen eben nicht Anlass zu Euphorie oder für ein Halleluja sind, wie der Kollege Roth gesagt hat, sondern dass es ein Etappensieg ist, den wir anerkennen und über den wir uns freuen. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir unsere eigentliche Situation verkennen.

Deshalb geht es immer wieder auch darum, dass in einzelnen Ländern Leitinvestitionen getätigt werden. Was ist bei uns die Leitinvestition? Sie haben von Beobachtungskameras gesprochen, die man braucht, oder von der Polizeiausrüstung. Das ist alles richtig. Und Sie haben darauf hingewiesen, dass wir auch Geld bekommen für die Schulsanierung, auch das ist richtig. Aber wo sind die Leitinvestitionen? Ich will nur darauf hinweisen, dass wir in der Investitionsbilanz in den letzten Jahren keine großen Akzente gesetzt haben. Ich erwähne nur ganz leise den Museumsbau oder die Fischzucht, Fledermäuse oder die HTW. Das sind keine Leitinvestitionen. Sie geben zumindest nicht das Gefühl, dass wir uns im Saarland auf der Investitionsseite enorme Verdienste erworben haben. Es scheint vielmehr so zu sein, dass wir auf der Investitionsseite nicht ganz so gut „aufgestellt“ sind, wie das neuerdings heißt.

(Beifall von der LINKEN und vom Abgeordneten Kessler (B 90/GRÜNE).)

Deshalb sollten wir erkennen, dass die Investitionen der Schlüssel für die Zukunft eines jeden Landes sind. Sie haben ja alle in diesem Haus bedauert,

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

dass wir bei der Universität leider Abstriche machen müssen. Die Abstriche, die wir bei der Universität machen müssen, gehen natürlich zulasten der Attraktivität der Universität. Gerade die Oppositionsparteien haben immer wieder dafür geworben, an dieser Stelle eine Ausnahme zu machen und die Investitionen in die Universität nicht zu stark zurückzuführen.

Damit kommen wir zur Frage der Finanzen. Darauf geben wir Antworten. Sie mögen die nicht teilen, weder bei der Schuldenbremse noch bei der Steuerpolitik. Aber dann dürfen Sie nicht bräsig hier sitzen, Herr Kollege Wegner, und keine Antwort geben.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Sie haben keine Antworten. Sie können sagen, irgendwie wird die Zukunft das schon regeln. Nein, wir geben hier eine klare Antwort, wie wir angesichts der Investitionsnotwendigkeiten den Anschluss an andere Bundesländer erreichen können. Sie geben darauf leider auch mit dem heutigen Vortrag keine Antwort.

(Beifall von der LINKEN und vom Abgeordneten Kessler (B 90/GRÜNE).)

Das Zinsrisiko, das wir tragen, wurde bereits von Ihnen angesprochen, das ist ganz enorm. Wenn wir für die Zukunft planen, wird das eine große Rolle spielen. Deshalb kann man auch nicht das sagen, was Sie wörtlich in einem Interview gesagt haben, Frau Ministerpräsidentin. Das war vielleicht ein lapsus linguae, anders kann ich das nicht verstehen. Sie haben gesagt - das ist nachlesbar -, wir trügen ein ähnliches Risiko wie andere Länder. Das ist nun eine totale Verkennung unserer Situation. Wir tragen ein weitaus größeres Risiko als andere Länder. Ich wäre froh, wir wären in der Lage der Länder, die ich vorhin genannt habe, sowohl was die Investitionsausgaben als auch was den Haushalt angeht, den Vollzug des Jahreshaushalts. Keines dieser Länder hat ebenfalls ein solches strukturelles Defizit auf den Landeshaushalt gerechnet, wie wir es haben, nämlich 369 Millionen Euro.

Ich war beim Thema Leitinvestitionen. Wir müssen uns verständigen, welche Leitinvestitionen wir in Zukunft an der Saar tätigen wollen. Ich plädiere dafür, im medizintechnischen Sektor besondere Anstrengungen zu unternehmen - ich habe das hier immer wieder vorgetragen -, um an dieser Stelle vielleicht eine ähnliche Entwicklung in Gang setzen zu können wie bei der Informatik. Ich will nur deutlich machen, was ich mir darunter vorstelle. Ich bin der Überzeugung, dass die Medizintechnik in Zukunft eine größere Rolle spielen wird nicht nur in Deutschland, sondern europaweit und darüber hinaus. Deshalb wäre das ein Ansatz, den ich für richtig halten würde.

Leitinvestitionen braucht man, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war all die Jahre der Fall. Ich will sie jetzt nicht alle herunterbeten. Sie können auch kultureller Art sein. Aber bei der harten Infrastruktur wird es nicht genügen, dass wir Straßen, Brücken oder Gebäude sanieren. Nein, Leitinvestitionen verlangen etwas mehr. Deshalb wollte ich das noch einmal in Erinnerung rufen.

Nachdem ich vorhin die Universität erwähnt habe, komme ich noch mal auf die Gemeinden zu sprechen. Sie haben die Gemeinden auch angesprochen, Frau Ministerpräsidentin, nur - das will ich Ihnen jetzt gar nicht vorwerfen - waren Sie nicht in der Lage zu sagen, was die denn bekommen. Es wird noch Gespräche geben, gut. Aber Größenordnungen könnte man ja nennen.

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer: Nein, das kann man eben nicht!)

Ich höre jetzt, Sie können sie noch nicht nennen. Nach meiner Auffassung hätte man Größenordnungen durchaus nennen können. Aber die sind schwer zu nennen, wenn man eben nur 240 Millionen zusätzlich zu verteilen hat.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Nennen Sie doch mal eine!)

Wenn man beispielsweise weiß, dass man bei der Investitionstätigkeit 150 Millionen Rückstand hat, wenn man weiß, dass man jetzt ein strukturelles Defizit von 369 Millionen Euro hat, dann wird es sehr schwer sein, dort eine Antwort zu geben.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Machen Sie doch mal einen Vorschlag! - Abg. Theis (CDU): Sie haben den Gemeinden Null gegeben.)

Sie müssen zuhören, wenn jemand etwas sagt, Herr Kollege Theis. Sie rufen dazwischen, wir hätten den Gemeinden Null gegeben.

(Abg. Theis (CDU): Für die Vergangenheit ist das einfacher zu sagen als für die Zukunft - also keine Antwort.)

Sie haben sich hoffentlich beruhigt. Sie werden sicherlich den Unsinn, dass wir den Gemeinden Null zukommen ließen, nicht wiederholen. Wenn ich Ihnen hier vortragen würde, was ich der Stadt Saarbrücken zukommen ließ in den Jahren meiner Regierungszeit, dann würden Ihnen vielleicht die Ohren abfallen. Aber das wollen wir jetzt nicht vertiefen.

(Beifall von der LINKEN. - Teilweise Heiterkeit.)

Ich will nur mal zwei Stichworte nennen, Staatstheater und Museum, vielleicht leuchtet Ihnen dann irgendetwas ein. Aber reden Sie nicht dauernd dazwischen, wenn Sie die Sache nicht kennen, Herr Kollege Theis. Das ist kein Ausweis von großem Parla-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

mentarismus, wenn Sie hier über Dinge reden, von denen Sie offensichtlich keine Kenntnis haben.

Wir haben auf jeden Fall eine große Investitionslücke bei den Gemeinden. Wenn Sie sehen, dass die Stadt Saarbrücken mit über einer Milliarde verschuldet ist, dann zeigt das auch, wie enorm die Herausforderungen der Zukunft sind. Noch mal zu den Antworten. Die Antworten, die wir geben - ich wiederhole es - : Wir brauchen neben den Anstrengungen, da oder dort natürlich auch Einsparungen vorzunehmen, auch eine andere Steuerstruktur. Es freut mich, dass das Thema offensichtlich auch innerhalb der Regierung diskutiert wurde. Wir als LINKE - ich glaube, das gilt auch für andere - haben es begrüßt, dass das Land sich bei der Erbschaftsteuer im Bundesrat enthalten hat

(Beifall von der LINKEN)

und erkannt hat, dass diese Entscheidung - die im Wesentlichen auf Druck Bayerns zustande kam, die haben ja die Probleme nicht, über die ich die ganze Zeit rede - nicht weiterführend sein wird im Sinne der Zukunftsinvestitionen, die wir tätigen müssen. Also auch eine Anerkennung dafür.

Da ich mir noch etwas Zeit für die Antwort auf Ihre Argumente aufbewahre, will ich mit folgender Zusammenfassung schließen. Es ist gut, dass wir mehr Geld bekommen ab 2020. Es war ein Etappensieg - ich greife Ihr Wort auf -, der auch anzuerkennen ist. Aber es ist kein Grund, Halleluja zu rufen. Wir würden uns selbst in die Tasche lügen. Wir haben ein entscheidendes Problem der Zukunft nicht gelöst, dass wir nämlich alle Anstrengungen unternehmen müssen, um bei den Zukunftsinvestitionen ein ähnliches Niveau zu erreichen wie andere Bundesländer auch. Nur dann werden die Saarländerinnen und Saarländer dieselbe Zukunft haben können wie die Bewohnerinnen und Bewohner der anderen Bundesländer.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN sowie Beifall der Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE), Hilberer (PIRATEN) und Thul (SPD).)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die CDU-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Tobias Hans.

Abg. Hans (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Der saarländische Landtag kommt heute zu einer Sondersitzung zusammen. Sondersitzungen finden in diesem Haus nicht allzu häufig statt. Sie finden dann statt, wenn tatsächlich etwas Besonderes passiert und etwas Außergewöhnliches zu beraten ist. Ich glaube, ein solches Ereignis von besonderer Bedeutung hat mit der Einigung bei den Bund-

Länder-Finzen tatsächlich stattgefunden. An dieser Außergewöhnlichkeit ist besonders zu bewerten, dass dieses Ereignis nicht irgendwie passiert ist oder vom Himmel gefallen ist.

Vielmehr ist die Einigung bei den Bund-Länder-Finzen Ergebnis einer intensiven Vorberatung auch in den Gremien dieses Hauses. Dieses Ereignis ist von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium, von der saarländischen Landesregierung, aber auch von den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in diesem Haus akribisch geplant worden. Deshalb ist es heute umso befriedigender, dass wir als Haushaltsgesetzgeber hier zusammensitzen können und diese Einnahmeverbesserungen für das Saarland ab dem Jahr 2020 gemeinsam beraten können.

Da ist es doch eher sonderbar, wenn Sie, Kollege Lafontaine, sich in der Art hinstellen, wie Sie das jetzt gemacht haben, und sicherlich ein Dankeschön sagen für die Arbeit, die geleistet worden ist, aber in Ihrer Würdigung der Bedeutung dieses Ereignisses doch weit hinter dem zurückbleiben, was es eigentlich ist. Meine Damen und Herren, das ist heute ein sehr guter Tag für das Saarland. Der 14. Oktober war ein sehr guter Tag für das Saarland. Das kann man hier und heute mit aller Deutlichkeit einmal so sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese 500 Millionen Euro, die das Saarland ab dem Jahr 2020 unbefristet - Frau Kollegin Huonker, Sie schütteln den Kopf - ohne Auflagen erhält, ermöglichen es uns in der Tat, ab dem Jahr 2020 ceteris paribus - wenn wir so weitermachen wie bisher - tatsächlich in die Tilgung einzutreten, aber auch Investitionen für dieses Land zu tätigen. Herr Kollege Lafontaine, die Milchmädchenrechnung, die Sie aufmachen - 260 Millionen Konsolidierungshilfen von den 500 Millionen abzuziehen -, funktioniert doch bestenfalls in Ihrem Hirn. Meine Damen und Herren! Die 260 Millionen Euro, die wir jetzt bekommen, sind Konsolidierungshilfen. Die bekommen wir eben nur so lange, wie wir die Kriterien der Schuldenbremse einhalten und bis wir die Neuverschuldung auf Null zurückgeführt haben.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Das werden wir 2020 gemacht haben. Ab dem Jahr 2020 ist von diesen Konsolidierungshilfen nichts mehr übrig. Deshalb sind die 500 Millionen, die wir jetzt dank dem Verhandlungserfolg von Annegret Kramp-Karrenbauer bekommen, 500 Millionen Plus. Es sind eben keine Konsolidierungshilfen. Wir können sie vielmehr gestaltend in den Haushalt einbringen. Wir können dieses Geld so verwenden, wie wir es für dieses Land für richtig halten. Meine Damen und Herren, das werden wir tun. Wir werden versuchen, das auch ohne Ihr Zutun zu machen.

(Abg. Hans (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn Sie von mir erwarten, dass ich sage, dass die, die das möglich gemacht haben, zu meiner Rechten und Linken und mir gegenüber sitzen, dann will ich Sie enttäuschen. Ich sage ganz deutlich das, was auch die Ministerpräsidentin gesagt hat: Dass dieses Ergebnis überhaupt möglich gewesen ist, verdanken wir in allererster Linie den Menschen in diesem Land, die 2012 gesagt haben, diese Regierungskoalition soll die Geschicke des Landes bis zum Jahr 2017 lenken. Wir verdanken den Verhandlungserfolg diesen Menschen. Wir verdanken diesen Verhandlungserfolg den vielen Menschen im Saarland, die unmittelbar von den Einsparungen, die wir machen mussten, betroffen waren und die unmittelbar von der Haushaltskonsolidierung betroffen waren, weil teilweise Projekte und lieb Gewonnenes eingestellt werden müssen. Ich sage es hier ganz deutlich: Wir verdanken es vor allem auch den Menschen, die im öffentlichen Dienst tagtäglich ihre Arbeit tun. Diese Konsolidierungsbemühungen haben viele vor große Herausforderungen gestellt. Deshalb ist heute der Zeitpunkt gekommen, diesen Menschen Danke zu sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben den Anspruch, den Menschen in unserem Land auch nach diesem Erfolg ein zukunftsfähiges, handlungsfähiges Saarland zu hinterlassen. Deshalb ist es richtig, was die Ministerpräsidentin gesagt hat: Der saarländische Weg gehört fortgesetzt. Daran arbeiten wir mit aller Kraft. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hätte Sie gerne in die Aufzählung aufgenommen und zu denjenigen gezählt, die dazu beigetragen haben, dass wir heute einen Erfolg - nichts anderes ist es, Herr Kollege Lafontaine - zusammen beraten können. Aber Sie haben leider in der Öffentlichkeit und auch hier im Haus doch eher mit einseitiger Kritik gegläntzt.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Die Haushaltskonsolidierung, die ich eben angesprochen habe, prägt die Großwetterlage im Land seit einiger Zeit. Es ist keinesfalls vergnügungssteuerepflichtig, als Verantwortung tragender Politiker diesen Konsolidierungspfad zu gehen. Das ist nichts, was man mit Freude tut. Es ist aber etwas, was man mit Verantwortung für unser Land tun muss. Diese Verantwortung haben wir als CDU-Fraktion seit 1999 getragen. Wir sind aktiv geworden. Wir haben das Heft des Handelns in die Hand genommen, während Sie in all diesen Jahren mit Initiativen und Vorschlägen nicht gerade gegläntzt haben. Sie waren einfach immer wieder dagegen. Meckern, motzen, miesmachen, kleinkariert darstellen - das ist doch letztendlich das, was Sie hier wieder dargestellt haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Sprechen bei der LINKEN.)

Ich muss feststellen, Sie haben gerade wieder ein düsteres Bild gezeichnet, Herr Kollege Lafontaine, in dieser Welt, in der Sie sich befinden, und so, wie Sie unser Saarland sehen. Ganz offensichtlich ist der Blick von außen auf das Saarland doch ein anderer; die Ministerpräsidentin hat es dargestellt. Indem wir uns an die Schuldenbremse gehalten haben, konnten wir gemeinsam mit Bremen zeigen, dass wir uns auf die Hinterbeine gestellt haben und dass wir dieses Land zum Besseren geführt haben. Das ist durch unsere Politik auch in dieser Regierungskoalition deutlich geworden. Herr Kollege Lafontaine, dieses Land ist nicht das düstere Land, das Sie gerade eben zu schildern versucht haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Kollege Lafontaine, Sie haben nicht nur einmal den Konsolidierungskurs in diesem Land infrage gestellt. So haben Sie zum Beispiel im Juni 2015 gesagt - ich zitiere aus dem Plenarprotokoll: „Auf den Erfolg der Haushaltskonsolidierung oder Haushaltssanierung können wir nicht stolz sein.“ Die Kollegin Spaniol hat im Oktober 2015 gesagt: „Jawohl, wir sollten die Notbremse ziehen und die Schuldenbremse lösen. (...) Der bisherige Kurs ist (...) klar gescheitert.“ Herr Kollege Ulrich, den wir später noch hören werden und der jetzt gerade nicht da ist, wenn ich es richtig sehe, hat in derselben Sitzung kühn gesagt: Bis 2017 wird das Land einen Teil seiner Eigenständigkeit eingebüßt haben, weil die Politik so gestaltet wird, wie sie gestaltet wird.

Meine Damen und Herren, nichts von dem, was ich gerade zitiert habe, trifft auch nur ansatzweise die Tatsachen. Die Einigung ist da. Sie ist da, weil wir diesen Konsolidierungskurs strikt befolgt haben. Das Saarland hat eine Zukunft. Der Konsolidierungsweg hat sich bewährt. Sie dagegen sind von dem Weg, den wir eingeschlagen haben, abgekommen. Herr Kollege Lafontaine, wenn Sie das Land geführt hätten, dann hätten Sie dieses Land um seine Zukunft gebracht. Nichts anderes beweisen diese Tatsachen!

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zurufe Oh! von der LINKEN.)

Wir konnten in den Verhandlungen doch überhaupt nur so selbstbewusst und souverän auftreten, Herr Kollege Lafontaine, weil wir unsere Hausaufgaben gemacht haben. Meine Damen und Herren, dass wir die Hausaufgaben machen konnten, ist insbesondere dem Finanzministerium - die Mitarbeiter sitzen da - unter der Führung von Finanzminister Stephan Toscani zu verdanken, der diesen Weg der Konsolidierung wirklich bienenfleißig, aber auch kreativ ebnet und den ganzen Weg über begleitet hat. In

(Abg. Hans (CDU))

diesem Sinn: Vielen Dank, Herr Kollege Stephan Toscani!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Kunst besteht doch einfach darin, Kurs zu halten, wie ich es eben dargestellt habe, aber dennoch zu investieren. Zu beweisen, Herr Kollege Lafontaine, dass sich Einsparungen und Investitionen keinesfalls ausschließen, das ist uns gelungen. Mit Ihnen aus der Opposition wären wir ganz sicher nicht so weit gekommen. Sie sind eben in den Zeiten vor der Schuldenbremse stehengeblieben, das kann man Ihnen ja nicht verdenken, Sie waren ja auch im letzten Jahrtausend Ministerpräsident dieses Landes. Aber eines ist klar: Mit Ihnen wäre diese Einigung nicht möglich gewesen. Wenn Sie am Steuer gesessen hätten, dann wäre uns das Steuer längst aus der Hand gelitten.

(Zuruf der Abgeordneten Kugler (DIE LINKE).)

Gut, dass Sie es nicht in der Hand hatten, Herr Kollege Lafontaine, das haben Sie eben mit Ihren Ausführungen noch mal eindrucksvoll, aber auch wirklich deutlich bewiesen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, wir haben uns mit den Haushalten, die wir seit 2013 in der Großen Koalition vorgelegt haben, eine wichtige Grundlage für die Verhandlungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen erarbeitet. Wir haben unsere Verhandlungsposition Jahr für Jahr, Haushalt um Haushalt gestärkt und in Berlin, an diesem wichtigen Verhandlungstisch, haben wir uns tatsächlich über die Jahre hinweg durch Verlässlichkeit, durch vorbildliches Haushalten hier im Saarland ein Standing erarbeitet. Das ist doch etwas, was Sie immer wieder eingefordert haben. Sie haben doch gesagt: „Sie haben dieses Standing nicht.“ Da kann ich Ihnen nur sagen, genau wegen dieses Standings, das das Saarland hat, konnte doch in den Verhandlungen, angefangen von der Abteilungsleiterebene - die Ministerpräsidentin hat es dargestellt - über die Ministeriumspitzenebene bis hin zur Ministerpräsidentenkonferenz, am Ende diese Einigung stattfinden. Es muss auch noch mal betont werden, dass es gerade ein saarländischer Vorschlag war, der letztendlich diese Einigung herbeigeführt hat. Sie fabulieren dann hier, diese Einigung bedeute den Rückgang des Föderalismus in Deutschland. Herr Kollege Lafontaine, was beweist denn besser, dass der Föderalismus funktioniert, als dass das kleinste Flächenland einen Vorschlag macht und alle großen Geber- und Nehmerländer diesem Vorschlag zustimmen und sich hinter ihm vereinen? Das ist gelebter Föderalismus, Großes beginnt eben im Kleinen, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Manchmal kommt auch Kleines aus einem kleinen Land, denke ich, wenn ich mir die olle, kleingelutschte Kamelle von der Einführung der Vermögenssteuer anschau, die Sie da eben wieder ausgepackt haben. Ich weiß, Sie sprechen gerne von der Millionärsteuer, Sie sprechen gerne von der Reichensteuer. Ich kann Ihnen aber nur sagen, Sie müssen dann auch erwähnen, wen Sie im Saarland besteuern wollen, wer so viel hat, dass Sie ihm noch mehr wegnehmen wollen, das müssen Sie dann sagen. Das sind Sie bislang schuldig geblieben. Sie müssen mal sagen, ob Sie den Facharbeiter bei Eberspächer, ob

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Ach du großer Gott! - Sprechen.)

Sie den Handwerksmeister mit vier Gesellen, die Hausbesitzer oder wen auch immer mit Ihrer Vermögenssteuer besteuern wollen. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie bedienen da einen alten Leierkasten. Stellen Sie ihn ab, spielen Sie mal eine neue Melodie auf, sonst bleibt es beim Solo. Das ist vielleicht auch besser für dieses Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wirklich entscheidend für die Zukunft dieses Landes sind eben nicht - Gott sei Dank - diese kleingelutschten ollen Kamellen, wirklich entscheidend für die Zukunft dieses Landes ist diese Einigung, die wir heute diskutieren, die Einigung vom 14. Oktober, und es ist auch weiterhin die Einhaltung der Schuldenbremse. Da haben wir einen grundsätzlichen Dissens und das ist ja auch etwas wert, wenn man das hier herausarbeiten kann. Wenn Sie dann, und da ist die gesamte Opposition - ich begrüße auch noch einmal den Kollegen Hubert Ulrich hier im Haus - dafür zuständig - -

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Was soll diese blöde Bemerkung?)

Ja, Sie waren die ganze Zeit nicht da, Herr Kollege.

(Lautes Sprechen. - Unruhe.)

Ja. Ich werde bei Ihrer Rede dableiben. Das ist eben der qualitative Unterschied, Herr Kollege Ulrich.

(Anhaltendes lautes Sprechen.)

Präsident Meiser:

Ich darf kurz unterbrechen. Erstens: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Tobias Hans. Zweitens: Wenn schon Zwischenrufe, dann bitte parlamentarisch. - Sie haben das Wort.

Abg. Hans (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! Jedenfalls, um noch einmal zur Sache zurückzukommen, finde ich diese Nebelkerzen, von denen wir immer wieder erfahren, wenn wir die Zeitung aufschlagen, gerade von Ih-

(Abg. Hans (CDU))

nen, Herr Kollege Ulrich, besonders enttäuschend. Immerhin haben Sie auch einmal in einer Regierungskoalition hier mitgewirkt. Auch da haben wir uns schon auf einem Konsolidierungskurs befunden und deshalb ist es einfach doppelt enttäuschend, wenn dann dieser Unsinn von Ihnen kommt, wie wir ihn immer wieder in der Zeitung lesen müssen,

(Beifall von den Regierungsfractionen - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Dann nennen Sie auch Ross und Reiter!)

von den Horrorszenarien, die Sie immer wieder entwerfen. Und diese Lösung, die für unser Land wichtig ist, die reden Sie immer wieder klein.

Zu diesen Horrorszenarien haben wir eben wieder - Sie werden ja Ihre Ausführungen noch machen - etwas beim Kollegen Lafontaine gehört. Er hat das Thema Bundesfernstraßengesellschaft ja nur angerissen, aber ich sage es hier nochmals ganz deutlich: Eine Privatisierung der Autobahnen steht nicht zur Debatte. Wir werden den Menschen, die derzeit im Landesamt für Straßenwesen arbeiten, garantieren können, dass sie ihren Job behalten. Ich finde, es ist doch wirklich nachvollziehbar, dass der Bund, wenn er 9,5 Milliarden Euro in die Hand nimmt, auch sagt, dass er dafür mitgestalten und Aufgaben übernehmen möchte. Ich kann Ihnen nur sagen, in einem Land wie dem Saarland - wenn Sie jetzt hier als Bayer stehen würden, würde ich das etwas anders beurteilen - kann das nicht so schlecht sein, wenn an einer Stelle koordiniert wird, wo es für uns doch in den meisten Fällen eher schwierig ist. Do ut des, dieser Verhandlungsgrundsatz ist meines Erachtens auch nicht immer der schlechteste.

Wir könnten hier darüber diskutieren, Herr Kollege Lafontaine, wenn das Ergebnis gewesen wäre: 300 Millionen Euro ab 2020. Nur, ich muss doch noch einmal feststellen: Wir sind vor über einem Jahr in die Verhandlungen reingegangen. Immer wenn uns jemand gefragt hat, wie viel Euro wir brauchen, haben wir gesagt, 500 Millionen Euro, das ist die Größenordnung, über die wir reden. Wenn jetzt, wie am 14. Oktober, nicht 90 Prozent dieser Summe rauskommen, sondern 100 Prozent, dann kann man auch sagen, dass man dem Bund gegenüber ein paar Zugeständnisse machen kann. Ich meine, dass wir diese Zugeständnisse in den anstehenden Verhandlungen so werden ausgestalten können, dass sie am Ende auch zum Wohle unseres Landes sind. Sie können sich hier, liebe Saarländerinnen und Saarländer, auf die Landesregierung, auf die sie tragenden Fraktionen verlassen, wir werden unser Möglichstes dazu tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Während wir auf wirkliche Impulse seitens der Oppositionsfractionen warten mussten, haben wir Impulse gegeben.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Sie sollten mehr Zeitung lesen!)

Finanzminister und Ministerpräsidentin sind tatsächlich mit einem eigenen Konzept - dieses Konzept wurde ja von Ihnen immer eingefordert - nach Berlin gereist und haben dort dieses Konzept beworben und für eine Einigung gekämpft. Die Verhandlungen waren wirklich langwierig, sie waren wirklich schwierig. Das sieht man auch daran, dass noch am Morgen, nachdem in der Nacht die Einigung erfolgt war, in der Saarbrücker Zeitung deutlich zu lesen war, dass ein Verhandlungserfolg in weiter Ferne sei, es gestalte sich schwierig. Einen besseren Beweis kann man dafür nicht geben. Wenn an einem Verhandlungstisch Leute mit völlig unterschiedlichen Interessenslagen sitzen, wenn Sie da große Geberländer haben, die eigentlich nur das eine Ziel haben, entlastet zu werden, wenn Sie auf der anderen Seite ostdeutsche Bundesländer haben, die vom Grundsatz her gut gefahren sind mit der bisherigen Lösung, wenn Sie dann wiederum Länder haben, die im Grunde die Konsolidierungsbemühungen so halb aufgegeben haben, dann ist klar, wie schwierig solche Verhandlungen sind. Aber es ist gelungen, alle Verhandlungspartner hinter diesen saarländischen Vorschlag zu bringen. Es konnte eine Einigung erzielt werden, die alle Länder am Ende tatsächlich mitgetragen haben. Es ist das passiert, was die Ministerpräsidentin eben als 17-zu-0-Lösung dargestellt hat, nämlich dass der Bund diese Lösung zugestanden hat.

Dieses Ergebnis ist aus meiner Sicht nicht nur ein saarländischer Erfolg, sondern es ist ein Erfolg für den Föderalismus, von dem unsere Bundesrepublik lebt. Es ist aber auch, und das will ich hier in aller Deutlichkeit als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion sagen, ein Erfolg unserer Ministerpräsidentin, es ist ein Erfolg, der dem Verhandlungsgeschick von Annegret Kramp-Karrenbauer zu verdanken ist, und das muss hier in aller Deutlichkeit auch gesagt werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Herr Kollege Lafontaine, ohne Ihre Leistungen für dieses Land in der Geschichte schmälern zu wollen, so ist in der Tat noch nie ein saarländisches Landesoberhaupt mit einem vergleichbaren Ergebnis aus Berlin oder Bonn oder von wo auch immer nach Hause gekommen.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Naja, die Teilschuldung war auch nicht schlecht!)

Um das zu erreichen, hat es Mut, Entschlossenheit und Überzeugungskraft gebraucht und diplomatisches Geschick erfordert. Annegret Kramp-Karrenbauer hat eine saarländische und eine bundesweite Debatte angestoßen. Sie hat gesagt: Wenn wir über Föderalismus reden, wenn wir darüber reden, ob

(Abg. Hans (CDU))

Bundesländer wie das Saarland eine Zukunft haben, dann muss man darüber reden, ob 16 Bundesländer eine Zukunft haben oder ob es am Ende vielleicht nur die Hälfte ist. Wer 16 Bundesländer will, der muss auch eine Lösung herbeiführen, die für 16 Bundesländer ausreicht. - Das war wieder mal mutig und das war, was ich unter souverän verstehe. Sie hat immer zielführend das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht, sie hat Argumente, Zahlen und Ideen geliefert.

Letztendlich ist es im Dezember 2015 gelungen - Sie hat es selbst dargestellt -, sich mit den anderen Bundesländern auf genau diesen saarländischen Weg zu einigen. Dass dies ein Erfolg war, zeigen schon die Dankeschreiben wie vom bremischen Senatspräsidenten, vom Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz und so weiter und so fort. Das war der erste wichtige Etappensieg auf dem Weg zur finalen Lösung, die wir am 14. Oktober gemeinsam erreicht haben mit einem Konzept, das auf der Basis eines Konzeptes der saarländischen Landesregierung unter der Führung von Annegret Kramp-Karrenbauer verhandelt wurde. Das, meine Damen und Herren, ist ein Erfolg, nicht nur für die Landesregierung, sondern für das gesamte Haus!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Herr Kollege Lafontaine, ich kann es Ihnen ebenfalls nicht ersparen, Folgendes zu erwähnen. Sie haben bei den Haushaltsberatungen 2014 in Bezug auf die Altlastenankennung des Saarlandes und die damit einhergehenden solidarischen Hilfen der anderen Bundesländer von diesem Rednerpult aus sinngemäß gesagt - ich könnte es auch zitieren, das erspare ich uns aber jetzt -, dass Sie nicht daran glauben, dass es gelingt, die Bündnispartner auf unsere Seite zu bringen. Sie haben zugleich angekündigt, Sie wären anderenfalls der Erste, der an diesem Pult Danke sagt und der sagt, es ist eine tolle Leistung, die erreicht worden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Spaniol (DIE LINKE).)

Kollege Lafontaine, Sie haben eben an diesem Pult gestanden. Ich muss sagen, wenn das dieses Dankeschön war, dann bin ich tatsächlich froh, dass es gelungen ist, 500 Millionen ins Land zu holen und nicht vielleicht nur 350 Million, denn dann hätte ich mich vor Ihrem Dankeschön etwas gefürchtet. Aber Sie haben in der Tat heute auch gesagt, dass es anerkannt werden muss. Das ehrt Sie. Von daher wollen wir das einfach einmal als Einlösung dieses Versprechens verstehen.

(Zuruf von der LINKEN.)

Meine Damen und Herren, wir haben mit den vergangenen Haushalten einige Akzente gesetzt. Wenn Sie eben gesagt haben, diese Landesregierung habe keine Investitionen getätigt und keine Akzente

gesetzt, dann kann ich Ihnen nur sagen, wir haben es auf der einen Seite geschafft, das strukturelle Defizit um mehr als die Hälfte zurückzufahren. Bis 2017 werden wir die Nettokreditaufnahme auf rund 168 Millionen Euro zurückgeführt und damit halbiert haben. Wir haben es zugleich geschafft, und das muss man hier auch noch einmal erwähnen, im Bereich der inneren Sicherheit zu investieren, die Ministerpräsidentin hat es dargestellt. Wir investieren große Summen und tätigen Investitionen in den Schulen, den Hochschulen, bei der Mittelstandsförderung, im Infrastrukturbereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist die Zukunftsgestaltung, über die wir reden müssen. Die Tatsache, dass wir jetzt 500 Millionen zur Verfügung haben, wird es möglich machen, diese Investitionen weiterzuführen. Wenn wir diese Lösung nicht erreicht hätten, könnten wir diese Investitionen ab dem Jahr 2020 nicht weiterführen. Allein deshalb ist diese Lösung ein großer Erfolg für alle Saarländerinnen und Saarländer.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dass diese Lösung unkonditioniert ist, dass diese Lösung strukturell wirkt und dass es nicht reine Konsolidierungshilfen sind, sondern dass diese 500 Millionen tatsächlich auch unbefristet ins Saarland fließen, sind Beweis dafür, dass diese Einigung eben eine völlig andere Wertigkeit hat als frühere Zugeständnisse, die der Bund dem Saarland gemacht hat.

Die Kollegin Spaniol hat in der Debatte zum Haushalt 2015 nicht ganz ohne Stolz aus der Geschichte vom einzigen saarländischen Ministerpräsidenten erzählt, dem es gelungen wäre, Schulden abzubauen. Dazu kann ich nur sagen: Es ist in der Tat Geschichte, aber vielleicht nicht unbedingt etwas für die Geschichtsbücher. Denn Fakt ist, dass die Lösungen zur Teilentschuldung, die damals erzielt worden sind, zwar tatsächlich eine gute Sache waren und von uns auch begrüßt wurden, Fakt ist aber auch, dass am Ende dieser Teilentschuldung das Saarland immer noch stärker verschuldet war als zuvor. Es soll also nicht geschmäler werden, aber man muss einfach feststellen: Dass die Lösung, die wir jetzt erreicht haben, unbefristet ist, ist der eigentliche Wert an dieser Sache. Das muss herausgestellt werden.

(Zurufe von der LINKEN.)

Herr Kollege Lafontaine, ich muss noch einmal darauf zurückkommen. Natürlich haben Sie damals nach den Teilentschuldungen auch über Einmalleistungen an die Kommunen das ein oder andere getan. Sie haben das Staatstheater und Ähnliches erwähnt. Das soll überhaupt nicht geschmäler werden. Fakt ist aber auch, dass einige Bürgermeister aus dem Saarland, darunter der damalige Bürger-

(Abg. Hans (CDU))

meister der Gemeinde Quierschied, der hinter mir als Präsident des Landtages sitzt, darunter der St. Wendeler Bürgermeister, einen Antrag an Sie gestellt haben, die Kommunen an der Teilentschuldung zu beteiligen. Herr Kollege Lafontaine, das meinte Kollege Theis eben: Sie haben darauf geantwortet, es sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, die Kommunen zu beteiligen. Das unterscheidet Sie qualitativ von der Ministerpräsidentin des Saarlandes, die gesagt hat: Wir wollen, wir müssen die Kommunen an den Erfolgen beteiligen, die wir in Berlin erreicht haben. - Herr Kollege Lafontaine, das ist der Unterschied. Das muss dargestellt werden!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, ich habe eben bereits dem öffentlichen Dienst im Saarland gedankt. Ich will es aber vertiefen. Schauen wir uns an, was insbesondere den saarländischen Beamtinnen und Beamten zugemutet wurde. Wir haben ihnen Nullrunden zugemutet in Zeiten allgemeiner Lohnsteigerung. Man muss sagen, dass tatsächlich viele schmerzliche Einschnitte gemacht wurden. Man muss auch sagen, dass man Verständnis dafür haben kann, wenn hier und da mal gesagt worden ist, dass das eine oder andere auf dem Rücken der Beamten saniert und ausgetragen worden ist. Ich sage aber hier: Ohne die Stärke unseres öffentlichen Dienstes, ohne die Stärke unserer Beamtinnen und Beamten wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Das will ich dem öffentlichen Dienst in aller Deutlichkeit noch einmal sagen. Dieses Signal soll bitte gehört werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, ich will gegen Ende meiner Ausführungen nochmals einen Dank aussprechen an alle Verbündeten, die wir bei diesen Verhandlungen hatten. Ich will einen Dank aussprechen an die Vertreter des Bundes, allen voran - das sei mir als CDU-Fraktionsvorsitzendem gestattet - an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder, der die Verhandlungen ganz intensiv mit begleitet hat. Immer wenn ich ihm face to face, wie man neudeutsch sagt, gegenübergestanden habe, hat er nicht einfach nur „Hallo“, „guten Morgen“ oder „Tach“ gesagt, sondern er hat immer die 500 Millionen erwähnt. Das verdanken wir auch dem Einsatz meines Amtsvorgängers Klaus Meiser. Das haben alle Ebenen auch beim Koalitionspartner genauso gehandhabt. Jeder wusste, wenn er in Berlin auf uns trifft, dann werden die 500 Millionen genannt. Umso mehr ist es heute ein Erfolg, dass genau diese 500 Millionen ins Saarland fließen werden. Ich glaube, das ist auch ein Erfolg der guten Kooperation zwischen den Regierungsfractionen hier im Parlament und den Fraktionen im Deutschen Bundestag.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, wir haben im Saarland den Beweis angetreten, dass es sich gelohnt hat, die Konsolidierungsanstrengungen voranzutreiben, dass es sich gelohnt hat, einen harten Kurs zu fahren, dass es funktioniert hat, dennoch zu investieren. Das wird uns nach dieser Einigung die Möglichkeit geben, noch selbstbewusster und stärker aufzutreten. Die 500 Millionen, die wir jetzt erhalten - das will ich ganz deutlich sagen -, sind auch kein Almosen. Diese 500 Millionen sind ein Ausgleich für Belastungen, die uns unverschuldet entstehen. Es ist ein Ausgleich für Dinge, die bei uns angefallen sind, die so in anderen Bundesländern nicht vorhanden sind. Deshalb ruft dieses Ergebnis mehr hervor als pure Freude über eine Einigung, denn das ist es nicht, weshalb wir heute hier stehen. Es ist vielmehr die Gewissheit, dass wir und diese Landesregierung diese Einigung erst auf den Weg gebracht haben, dass wir sie erst in trockene Tücher gebracht haben und dies letztendlich zum Wohle aller Bundesländer und des föderalen Gefüges.

Den Erfolg als solchen auch zu bezeichnen, diesen Erfolg auch zu feiern, das sollten wir uns als Land und als saarländischer Landtag nicht nehmen lassen. Ich lade deshalb auch Sie als Opposition ein, ich lade alle Oppositionsfractionen ein, das Saarland und seine Zukunft auch an dieser Stelle einmal zu feiern. Sie können sich aber auch - Herr Kollege Ulrich, Sie haben es noch in der Hand - wie bisher von jeglicher Zukunftsgestaltung ausschließen. Wir werden sehen, welchen Weg Sie wählen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Wir haben den Weg der Zukunftsgestaltung gewählt. Wir haben Zukunft geschaffen für dieses Land. Das ist der Erfolg dieser Landesregierung. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Klaus Kessler.

Abg. Kessler (B 90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern, so beschlossen am 14. Oktober in Berlin, wonach der alte Länderfinanzausgleich abgeschafft und in ein neues System überführt wird, in dem - das muss man auch sehen - der Bund die Hauptlast trägt mit 9,6 Milliarden und alle Länder Profiteure sind und einen Zueginn haben. Ich räume ein: Wohl nur unter dieser Voraussetzung war eine Einigung möglich. Dann muss man natürlich noch den Wermutstropfen se-

(Abg. Kessler (B 90/GRÜNE))

hen, dass auch sehr wohlhabende Länder - da nenne ich Baden-Württemberg, aber auch Bayern - insgesamt an diesem Kompromiss mit 2,9 Milliarden partizipieren. So viel geht in diese Länder.

Die grundlegende Neuordnung dieser Finanzbeziehungen, die ab dem Jahr 2020 gelten soll, kann man vielleicht sogar als historisch bezeichnen, wenn man sie im Hinblick darauf bewertet, dass es nicht alle Tage eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gibt. Mit Blick auf das Saarland warne ich allerdings davor, den erzielten Kompromiss zu überhöhen. Einige neigen ja dazu, ihn regelrecht zu glorifizieren und mit dem Attribut „historisch“ zu versehen, in der Presse ist es ja teilweise auch so geschehen. Das wird meines Erachtens der Sache nicht gerecht, da aus unserer Sicht durch dieses Ergebnis weder die Eigenständigkeit des Landes gesichert ist noch ein Beitrag zu einer nachhaltigen Lösung der Finanzprobleme dieses Landes gegeben ist. Das leistet dieses Ergebnis nicht.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Das Saarland selbst bekommt jetzt - ich möchte das Ergebnis noch einmal etwas genauer beleuchten - 400 Millionen Euro Sanierungshilfen jährlich, dazu noch 100 Millionen aus einer Veränderung des Ausgleichssystems, auch durch eine andere Berechnung der Umsatzsteuerverteilung. Das macht zusammen also 500 Millionen. Vergleiche ich aber einmal die reinen Sanierungshilfen, die 400 Millionen, die wir bekommen, mit den bisherigen Konsolidierungshilfen von 260 Millionen, dann ist das nach Adam Riese eine Verbesserung im Finanzkompromiss um immerhin 140 Millionen, nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Ich lasse mir auch nicht den Vorwurf anlasten - die Ministerpräsidentin hat das Wort erwähnt -, dass wir das Ergebnis kleinreden wollen. Das mache ich nicht.

(Weitere Zurufe aus der CDU.)

Das Saarland bekommt mehr Geld als bisher. Das räumen wir ein. Ich sage auch: Das ist ein Fortschritt, das ist eine Verbesserung. Das möchte ich noch einmal klarstellen. Ich danke auch all denjenigen, die diesen Kompromiss erreicht haben, Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, Herrn Finanzminister Stefan Toscani und ebenso den kompetenten Mitarbeitern im Finanzministerium, führend Herrn Braun und Herrn Förster. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das heißt aber nicht, dass wir an dieser Stelle auf eine Kritik verzichten können.

(Abgeordneter Pauluhn (SPD) tritt ans Saalmikrofon.)

Das Saarland ist nämlich weit davon entfernt, dieses Ergebnis als die Rettung der Eigenständigkeit betrachten zu können. Es ist auch ein Mythos, dass die Große Koalition hier angetreten ist und gesagt hat, nur mit uns als Großer Koalition kann ein solches Ergebnis erreicht werden.

Präsident Meiser:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des - -

Abg. Kessler (B 90/GRÜNE):

Ich wollte jetzt die Zwischenfrage zulassen, ich wollte nur den Satz zu Ende führen, Kollege Pauluhn.

(Abgeordneter Pauluhn nimmt wieder Platz.)

Präsident Meiser:

Es hat sich erledigt, danke.

Abg. Kessler (B 90/GRÜNE):

Es ist ein Mythos, dass wir das nur mithilfe einer Großen Koalition erreicht haben. Sie haben immer dargelegt, was Sie alles erreicht haben. Ich möchte einmal anführen, was Sie nicht geschafft haben. Sie haben es nicht geschafft, die Altschuldenfrage zu lösen. Das sind zurzeit rund 14 Milliarden Euro. Es kommen noch 3,8 Milliarden kommunale Schulden dazu. Das macht zusammen mehr als 17 Milliarden. Was Sie eigentlich wollten - das steht auch im Koalitionsvertrag und entsprechend sind Sie bei den Verhandlungen angetreten -, war, einen Altschuldentilgungsfonds zu erreichen, und das haben Sie nicht geschafft. Leider, sage ich dazu. Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass Sie zumindest in dieser Hinsicht Ihrem eigenen Anspruch gar nicht so gerecht werden konnten.

Wenn die Landesregierung jetzt noch ankündigt, dass ab 2020 155 Millionen Euro von den zu erwartenden 500 Millionen Euro jährlich in die Schuldentilgung gehen, dann müssen wir uns doch darüber im Klaren sein - ich mache einmal ein Rechenexempel auf -, dass wir damit nicht die 14 Milliarden Altschulden tilgen können. Die können nicht im Entferntesten abgetragen werden, es sei denn, Sie berechnen eine solche Tilgung auf einen Zeitraum von 80 bis 100 Jahren. Ich gehe aber nicht davon aus, dass Sie dann noch als Große Koalition in diesem Land regieren werden.

(Abg. Schmitt (CDU): Weiß man nicht. - Weitere Zurufe von den Regierungsfraktionen.)

Noch einmal: Zur dauerhaften Sanierung unserer Finanzen brauchen wir einen Altschuldentilgungsfonds, daran führt kein Weg vorbei, und das haben Sie in Berlin nicht erreicht.

Ich möchte aber noch einen Aspekt in der Gesamtproblematik der Finanzen ansprechen, der heute in

(Abg. Kessler (B 90/GRÜNE))

diesem Hohen Hause noch gar nicht erwähnt worden ist: die Versorgungsausgaben dieses Landes. Die Versorgungsausgaben, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden exorbitant steigen; der Finanzkompromiss, der erzielt worden ist, trägt nicht zur Lösung dieses Problems bei. Der Beleg dafür ist nachzulesen im Sonderbericht des Rechnungshofs aus dem Jahre 2012. Dort steht, dass die Versorgungsausgaben - es gibt Modellberechnungen; das lässt sich gut kalkulieren, das unterliegt nicht den Konjunkturschwankungen - bis zum Jahr 2050 auf sage und schreibe 960 Millionen jährlich steigen werden. Dabei muss man wissen, dass Sie ab dem Haushaltsjahr 2017 beginnen wollen, die Versorgungsrücklage aufzubrauchen, mit 35 bis 40 Millionen jährlich. Bis zum Ende 2020 wird die Versorgungsrücklage komplett verfrühstückt sein. Wie lösen Sie das Problem der Versorgungsausgaben? Darauf gibt auch dieser Finanzkompromiss keine Antwort.

(Abg. Schmitt (CDU): Das stimmt einfach nicht. Das ist nicht wahr!)

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hauptrisiko - darauf hat Oskar Lafontaine hingewiesen - ist und bleibt die Gefahr von Zinssteigerungen und Konjunkturschwankungen. Irgendwann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Niedrigzinsphase vorbei oder es kommt zu Konjunkturreinbrüchen. Es gibt ja jetzt schon ein Signal aus der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, gestern veröffentlicht, dass mit einem Konjunkturrückgang von 2,3 Punkten zu rechnen ist. Das unterliegt also alles Konjunkturschwankungen, insofern besteht ein großes Risiko.

Ich möchte noch auf ein weiteres Problem hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bis 2019 - die Ministerpräsidentin hat es gesagt - bleibt im Grunde alles beim Alten. Das heißt, wir bekommen nur die 260 Millionen Euro Konsolidierungshilfe. Schaut man einmal in die mittelfristige Finanzplanung des Finanzministers, so ist dort zu lesen, dass ab dem Jahre 2019 in diesem Land immer noch 90 Millionen Euro eingespart werden müssen.

Es bleibt mir ein großes Rätsel, wie dies unter den derzeitigen Bedingungen geschehen soll. Da bin ich gespannt.

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Die Frau Ministerpräsidentin hat ja angekündigt, dass in dieser Hinsicht auf dem sehr steinigen Pfad der Konsolidierung bis 2019 noch Gespräche mit dem Bundesfinanzminister und dem Stabilitätsrat geführt werden müssen. Das ist auch dringend notwendig, denn es ist mir ein Rätsel, wie andernfalls dieses Konsolidierungsziel erreicht werden soll.

Sieht man das, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang, so muss man zu folgendem Ergebnis kommen: Die Altschuldenproblematik bleibt ungelöst. Die Finanzierung der davongaloppierenden Versorgungskosten ist nicht gesichert. Zins- und Konjunkturschwankungen können den Wert der erreichten Beihilfen mindern. Das sklavische Festhalten an der Schuldenbremse verhindert rentierliche Investitionen in Zukunftsbereiche des Landes. Und dass wir bisher die Defizitobergrenze nicht erreicht haben, dass wir bisher die Schuldenbremse einhalten konnten, das ist meines Erachtens auch nicht das Verdienst der Großen Koalition oder der Politik der Landesregierung. Das ist im Wesentlichen der nach wie vor doch erstaunlich guten Konjunkturlage und ganz wesentlich auch dem historisch niedrigen Zinsniveau geschuldet, nicht aber Ihren politischen Leistungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Insofern sage ich noch einmal: Die Landesregierung und die Große Koalition haben das riesengroße Problem der Landesfinanzen im Grunde nicht gelöst. Sie präsentieren als Große Koalition eigentlich eine kleine Lösung, dafür wäre aber keine Große Koalition notwendig.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Ein Fortschritt ist das Ganze natürlich schon. Dass diese Neuregelung der Finanzbeziehungen, von der natürlich auch das Saarland enorm profitiert, überhaupt auf Bundesebene zustande gekommen ist, das ist eine Leistung. Das ist aber nicht das Verdienst von Großen Koalitionen, von denen es in der gesamten Republik vier Stück gibt. Nein, diese Leistung, dass die Bundesländer sich hier zusammenschlossen haben und einem Finanzkompromiss zustimmen, der dankenswerterweise im Saarland entwickelt worden ist, ist meines Erachtens das Verdienst aller Bundesländer, unabhängig von der Ausgestaltung der Koalitionen der Regierungen, die sich hier zusammengerauft haben. Unterm Strich haben die Länderregierungen auch etwas gegen den Bund erreicht, denn der hat ja bis zum Schluss noch auf der Bremse gestanden. Und dazu stelle ich in aller Deutlichkeit fest - und bin insoweit auch beim Kollegen Hans -, dass sich an dieser Stelle das föderale System durchaus bewährt hat.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Und damit Sie nicht sagen, der Kessler kritisiert ja nur, will ich noch zwei Sachverhalte ansprechen, die aus unserer Sicht - das sehen wir etwas anders als die LINKE - durchaus positiv zu bewerten sind. Es geht dabei um die Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft beim Bund mit der Aufgabe der Planung und des Baus von Autobahnen. Das begrüßen wir. Es war schon immer unsere Forderung, den Bund hierbei stärker in die Verantwortung zu neh-

(Abg. Kessler (B 90/GRÜNE))

men, weil wir im Saarland ja auch nicht in der Lage waren, die Bundesmittel zum Beispiel für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur in vollem Umfang abzurufen. Eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag hat ergeben, dass seit 2012 26 Millionen Euro nicht abgerufen worden sind. Die sind uns schlicht und ergreifend durch die Lappen gegangen.

(Zurufe: Falsch!)

Das ist nachzulesen in der Antwort auf die Anfrage.

(Weitere Zurufe.)

Deshalb ist die Gründung einer Verkehrsinfrastrukturgesellschaft aus unserer Sicht zunächst einmal ein richtiger Weg. Ich möchte aber auch sagen: Eine Privatisierung wollen wir GRÜNE nicht. Wir wollen nicht, dass irgendwelche Hintergedanken von Minister Dobrindt durchgehen, in denen die Möglichkeit einer Privatisierung nach wie vor existiert. Nein, es muss bei der rechtlichen Ausgestaltung sehr genau darauf geachtet werden, dass die Bundesautobahnen und Bundesstraßen Eigentum des Bundes bleiben.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Außerdem wollen wir wie auch andere sicherstellen, dass daraus keine Nachteile für das Personal erwachsen. Im Tarifbereich könnten ja sogar Vorteile resultieren, aber es geht dabei auch um Umsetzungen und Versetzungen. Wir wollen erreichen, dass dem Personal keine Nachteile entstehen. Ich begrüße daher alle Aussagen, die das so zusichern.

Der zweite Punkt, den wir positiv bewerten, ist die Vereinbarung zur finanziellen Unterstützung im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur, insbesondere für finanzschwache Kommunen. Dadurch wird ja, Kollege Lafontaine, der Weg dafür freigebracht, dass Investitionen in die Bildung durchaus auch über Bundesmittel möglich sind. Wir waren immer dafür, dass das Kooperationsverbot komplett abgeschafft wird. Das geschieht nun zwar nicht, wir haben es aber immerhin mit einer Lockerung zu tun. Aus unserer Sicht ist das ein Fortschritt, ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja verständlich, dass heute in dieser Sondersitzung - das ist ja auch die Absicht dieser Sitzung - gelobhudelt wird und die Ministerpräsidentin sich über das erreichte Finanzergebnis freut. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass - und jetzt bin ich wieder bei den LINKEN - das Land nach wie vor ein riesengroßes Einnahmeproblem hat. So ist die Große Koalition im Hinblick auf Steuergerechtigkeit, hinsichtlich der Frage einer echten Reform der Erbschaftsteuer, bei der Besteuerung extrem hoher Einkommen - es geht hierbei nicht um kleine oder Fachar-

beitereinkommen, wie hier polemisch gesagt worden ist - oder hinsichtlich der Einführung der Vermögensteuer offensichtlich in eine große Duldungsstarre gefallen. Zu diesen Themen gibt es keine Signale, obwohl ja im Koalitionsvertrag darüber so einiges steht.

(Zurufe und Sprechen.)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich klipp und klar: Die Sanierung unseres Haushaltes wird ohne eine Verbesserung der Einnahmeseite durch eine andere Steuerpolitik im Bund nicht gelingen. Signale in diesem Sinne, nämlich zur Sanierung des Landeshaushaltes über eine andere Steuerpolitik, gibt es bislang aber nicht. Das bedauere ich außerordentlich und kritisiere es ausdrücklich. Daher werden wir dem Antrag der LINKEN an dieser Stelle nachher auch zustimmen.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Stattdessen sparen Sie noch, was die Einnahmeseite angeht: Sie sparen in der Finanzverwaltung, beispielsweise durch die Einsparung von Stellen in der Betriebsprüfung. Es ist dazu gesagt worden, die Kosten der Betriebsprüfer würden die Einnahmemöglichkeiten bei den Steuern deutlich übersteigen. Das bezweifle ich im Einzelfall. Und wie wollen wir zudem dem kleinen Steuerzahler, dem Bürger, der redlich seine Steuern zahlt, vermitteln, dass die Großen in diesem Land beim Steuereinzug und bei der Steuerprüfung eher großzügig behandelt werden und die Kleinen, die regelmäßig und treu ihre Steuern zahlen, regelmäßig zur Steuerpflicht herangezogen werden? Es gibt hierbei auch die moralische Verpflichtung zu zeigen, dass der Staat dafür sorgt, dass Steuern eingezogen werden. Deshalb bleiben wir dabei: Stellen Sie mehr Betriebsprüfer ein! Sie leisten dadurch einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit in diesem Land, aber auch zur Verbesserung der Einnahmeseite.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Es geht jetzt darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zukunft des Landes finanziell gut zu gestalten. Angesichts dessen erschreckt es mich manchmal schon, wie inkompetent, wie dilettantisch, aber auch wie verschwenderisch dieses Land zum Teil mit Geld umgeht. Ich erwähne als Beispiel das Missmanagement beim HTW-Hochhaus; hierbei hat die Landesregierung durch Umbaumaßnahmen, Kosten für Instandhaltung und auch durch die Finanzierung der Ersatzquartiere Zusatzkosten von mittlerweile insgesamt 16 Millionen Euro verursacht. Zumindest ein Teil dieser Kosten wäre durch ein professionelles Management vermeidbar gewesen. Aber auch die Kosten für den Vierten Pavillon sind durch die Decke geschossen, ohne dass dies erforderlich gewesen wäre: Bei diesem Projekt sind wir mittlerweile bei 40 Millionen Euro angelangt. Hinzu

(Abg. Kessler (B 90/GRÜNE))

kommt, dass bei den saarländischen Hochschulen, zukunftssträchtigen Bereichen dieses Landes, die völlig falsch angelegte Schuldenbremse greift und im Ergebnis die Hochschulen des Saarlandes schlicht und ergreifend zusammengespart werden. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade unsere Hochschulen sind Aushängeschilder für unser Land. Sie sollen junge Leute ins Land ziehen, und diese jungen Leute sollten möglichst auch im Land bleiben, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Landesregierung hat aber diesen Hochschulen, insbesondere der Universität, einen harten Sparkurs verordnet, der dazu geführt hat, dass sich die Studienbedingungen verschlechtert haben. Und was die Entwicklung der Studierendenzahlen angeht - die Zahlen gehen jetzt zurück, die Begründung ist geliefert worden -, da warten wir einmal ab, ob sich das jetzt stabilisiert oder eher nach unten verstetigt. Letzteres wäre für dieses Land katastrophal.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Es geht in unserem Land aber nicht nur ums Geld, wenn es um die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger geht. Es geht auch um Fragen der Gesundheit, der Mobilität, aber auch um die Bewältigung großer Infrastrukturprobleme. Auch hierauf hat die Landesregierung und die sie tragende Große Koalition keine Antwort. Ich nenne erneut das Beispiel Grubenwasser. Wir GRÜNE sind in großer Sorge, dass, wenn die Pumpen der RAG abgestellt werden, es zu Belastungen des Trinkwassers kommt. Ich habe aber den Eindruck, so wie die Landesregierung mit dem Thema umgeht, dass sie eher die Interessen der RAG stützen will, als die Gesundheit der Bürger zu schützen.

(Beifall bei B 90/GRÜNE. - Oh-Rufe und Sprechen bei den Regierungsfractionen. - Zurufe des Abgeordneten Pauluhn (SPD) und der Ministerin Rehlinger.)

Wo es auch nicht ums Geld geht, das ist der ÖPNV, der im Land sehr stark vernachlässigt wird und unbedingt eine Reform braucht.

(Sprechen.)

Beim ÖPNV haben Sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht annähernd an das heranreicht, was an Verbesserungen in anderen Bundesländern bisher erreicht worden ist. Auch hier herrscht Stillstand in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, da kann ich einem Lob an anderer Stelle nicht zustimmen.

(Anhaltendes Sprechen.)

Ich fasse zusammen. Der Finanzkompromiss zwischen Bund und Land ist keine nachhaltige Lösung für die Zukunft und den Erhalt der Eigenständigkeit dieses Landes. Die Altschuldenfrage ist nicht gelöst,

und die Finanzierung der steigenden Versorgungsausgaben steht in den Sternen. Durch das Risiko der Konjunkturschwankung und eines Anstieges der Zinsen können finanzielle Beihilfen im Laufe der Jahre an Wert verlieren. Eine Verbesserung der Einnahmeseite wird durch keinerlei Aktivität der Landesregierung und der Großen Koalition angestrebt. Unter diesen Bedingungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine nachhaltige Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses Landes einfach nicht gesichert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Pauluhn.

Abg. Pauluhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen, ich möchte mich in der Bewertung der Einigung über die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ab dem Jahr 2020 beim Bemühen um Superlative eher zurückhalten. Ich würde dies nun auch eher vorsichtig als ein historisches Ereignis beurteilen, wie das medial genannt wurde. Was diese Entscheidung aber ganz sicher ist, ist ein Etappensieg, aber nicht nur ein Etappensieg. Sie ist eine echte Zukunftsoption für die Eigenständigkeit unseres Bundeslandes und damit eine Option für eine politische Selbstbestimmung auf lange Zeit, nun auch festgeschrieben über die schwierige und oftmals schmerzliche Zeit der Haushaltskonsolidierung hinaus. Der neue Bund-Länder-Finanzausgleich gilt dann unbefristet, und das über das Jahr 2020 hinaus. Ich finde, das ist eine große Leistung, die mit vielen Akteuren erreicht wurde.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es waren lange und zähe Verhandlungen, die diesem Kompromiss vorausgingen. Bereits 2012 begannen die ersten Gespräche zu diesem Finanzausgleich, und oft sah es so aus, als würde das Ganze scheitern. Ich war in den letzten Tagen selbst nicht dabei, aber sicherlich lag das Scheitern in den letzten langen Nächten mehrfach auf dem Tisch. Am Ende steht nun doch ein Erfolg. Ich finde, das sollten dann alle in diesem Haus auch mit etwas Genugtuung und ehrlich analysierend zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will bei allem Widerspruch in den Einzelheiten meinen Hut vor dem Kollegen Lafontaine ziehen, der die Größe hatte, heute Morgen hier auch Danke zu sagen.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): So ist es!)

(Abg. Pauluhn (SPD))

Aber, was die GRÜNEN gerade abgeliefert haben, war mal wieder ein Zeichen dafür, dass man überhaupt nicht bereit ist, auch nur die geringsten Fakten des Erreichten zur Kenntnis zu nehmen. Das war nichts, Kollege Kessler, das war gar nichts!

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Kessler (B 90/GRÜNE).)

Die Tatsache, dass das Saarland gerade seit 2012 auf Bundesebene immer ein verlässlicher Verhandlungspartner war und dabei auch immer ernst genommen wurde, hat sicher dazu beigetragen, dass wir in den Verhandlungen gehört wurden und genau dieses Ergebnis erreichbar wurde. Wir haben alle Konsolidierungsvereinbarungen erfüllt. Wir haben die schmerzlichen Sparvorgaben konsequent umgesetzt. Wir haben beim Defizitabbau die Obergrenzen stets eingehalten und in der Finanzplanung aufgezeigt, dass dieses Land wirklich gewillt ist, den Weg bis 2020 auch zu gehen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben SPD und CDU ihr größtes, ihr wichtigstes Wahlversprechen aus dem Jahr 2012 umgesetzt und eingehalten.

Wir sind angetreten, um diesem Land Zukunftsfähigkeit zu geben. Ich denke, das ist eine Botschaft, die man durchaus selbstbewusst und auch mit etwas Freude aus dieser Koalition in den politischen Raum und in das gesamte Saarland tragen darf. Das ist ein Erfolg dieser Koalition.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Unser Bundesland hat eine sehr wechselvolle und auch leidvolle Geschichte. Die Saarländerinnen und Saarländer waren oft Spielball unterschiedlicher politischer Interessen. In den letzten Jahren, mindestens nach den Ergebnissen der Föderalismuskommissionen I und II, auch mit ihrer Tendenz zum Wettbewerbsföderalismus, mit der beschlossenen und grundsätzlich verankerten Schuldenbremse sowie mit der Aufkündigung der Fortdauer der solidarischen Finanzbeziehungen unter armen wie reichen Bundesländern und dem Bund in ihrer jetzigen Form durch Bayern und Baden-Württemberg stand der Fortbestand der föderalen Struktur unserer Republik in seiner jetzigen Fassung erneut auf dem Prüfstand, zumindest stand er andauernd zur Debatte.

Es ist gerade fünf Jahre her - im Herbst 2011, ich kann mich nur zu gut daran erinnern -, da brauchte man wahrlich einen breiten Rücken, selbst wenn man die Oppositionsbänke drückte, um mit dem Spott, der Häme und der Abwertung klarzukommen, die damals über unser Land ausgeschüttet wurden, sowie mit der Art und Weise, wie das Regierungshandeln bewertet wurde. Dass der damalige Eindruck, den FDP und GRÜNE hinterlassen haben, heute gänzlich weggewischt ist, das ist sicher auch ein Verdienst dieser Regierung aus CDU und SPD.

Eine Leistung, die in sich auch zum Gesamtbild beiträgt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie war meines Erachtens eine entscheidende Grundlage dafür, dass das Saarland nun nicht mehr am Katzentisch saß, als es in den letzten Monaten um seine finanzielle Zukunft ging, sondern die Verhandlungen mitgestaltet hat, mitgestalten konnte und gerade den entscheidenden Impuls zum richtigen Zeitpunkt gesetzt hat. Ich will an dieser Stelle ebenfalls Wolfgang Förster und Elmar Braun nennen, ohne die dieses Ergebnis so sicher nicht zustande gekommen wäre.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will auch einen der beiden zitieren, gerade auch im Bewusstsein, dass ihm zu viel Öffentlichkeit überhaupt nicht gefällt, einen Mann, von dem der Saarländische Rundfunk im „Aktuellen Bericht“ sagt: Die Rettung des klammen Landes ist zu seiner wahren Passion geworden.

(Lachen bei den Regierungsfractionen)

In diesem Bericht des Saarländischen Rundfunks sagt Wolfgang Förster selbst - ich zitiere -: Ich bin 1988 ins Saarland gekommen, um dabei mitzuhelfen, die Haushaltssanierung dieses Bundeslandes zu bewältigen. Daran arbeite ich seit 28 Jahren. Jetzt ist es so, dass man davon ausgehen kann, dass ab dem Jahre 2020 genau dieses Ergebnis auch erreicht sein wird, das heißt, die Haushaltssanierung ist geschafft, und das ist ein tolles Gefühl, dabei einen Beitrag geleistet zu haben.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen und teilweise Beifall aus den Oppositionsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer Wolfgang Förster kennt, seine Zurückhaltung kennt, und ihn am Abend des 17. Oktobers im „Aktuellen Bericht“ mit breitem Lächeln im Gesicht sehen konnte, der weiß genau, wie ein solcher Satz von ihm einzuschätzen ist.

Wenn Wolfgang Förster lächelnd so etwas sagt, dann muss das Ergebnis schon etwas mit neuer Zukunft zu tun haben. Das ist aus dem Mund eines Finanzers - das sage ich mit vollem Respekt für dich und deine Kollegen - nicht hoch genug zu bewerten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Für euer beider Arbeit, lieber Wolfgang Förster, lieber Elmar Braun, für euren Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch von dieser Stelle von mir und meiner Fraktion ein herzliches Dankeschön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, sicherlich hatte dieses Haus in seiner Aufgabe, die Zukunft unseres Landes poli-

(Abg. Pauluhn (SPD))

tisch zu gestalten, in all den sechs Jahrzehnten seit seiner Konstituierung im Dezember 1947 immer wieder größte Herausforderungen zu meistern gehabt.

Dabei ging es auch um die Zukunft von Menschen, die Zukunft der Saarländerinnen und Saarländer. Es ging um Arbeitsplätze, um Lebensgrundlagen, und es ging immer auch um eine Option, die Option, einer nächsten Generation den Weg in eine erstrebenswerte Zukunft zu ermöglichen, den Weg, zu Wohlstand und Fortschritt. Das war während der großen Stahlkrisen in den Siebziger- und Achtzigerjahren nicht anders als in den Tagen der Entscheidungen zum Ende des Bergbaus im Jahre 2008.

Immer hat dieser Landtag gemeinsam mit den gewählten Regierungen dieses Landes versucht, aus der jeweiligen Situation, den Herausforderungen der Zeit, den bestmöglichen Weg in die Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger dieses Bundeslands zu beschreiten. Wir dürfen im Nachgang sagen, nicht immer, aber oft ist dies für die allermeisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auch gelungen.

Die größte Herausforderung der letzten Jahre bestand aber nicht in der Rettung einer Branche, eines Industriezweiges, sondern sie bestand und sie besteht weiter in der Erhaltung der politischen Selbstbestimmung unserer Region, unseres Bundeslandes. Nicht als Selbstzweck, sondern einzig und allein aus der Überzeugung, dass dieses Land immer besser gefahren ist - und in Zukunft bestimmt auch immer besser fahren wird -, wenn Entscheidungen, die uns Saarländerinnen und Saarländer betreffen, im eigenen Interesse und in Selbstverantwortung getroffen werden können.

Die Botschaft der Einigung über die neuen Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist einerseits sicher das erhoffte Licht am Ende des Tunnels nach dem steinigen Weg der zurückliegenden Jahre. Mit den ab 2020 zur Verfügung stehenden Finanzmitteln hat dieses Bundesland wieder einen eigenen finanzpolitischen Gestaltungsspielraum. Und ganz nebenbei, aber mindestens genauso wichtig, hat die bündische Gemeinschaft mit dieser Neuordnung der Finanzbeziehungen auch die föderale Antwort auf die in der Vergangenheit viel gestellte Frage nach der Zukunftsfähigkeit einzelner Bundesländer gegeben.

Heute stellt niemand mehr den Fortbestand einzelner Bundesländer infrage. Die Option, nach der Neuordnung aus 16 maximal 8 werden zu lassen, ist eine Diskussion von vorgestern. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis und ich glaube, ein deutliches Signal dieser zurückliegenden Debatte.

Dieses Ergebnis hat etwas mit der Arbeit dieser Landesregierung zu tun und auch mit der sie tragenden Koalition. Ich bin ja wenigstens schon einmal darüber erfreut gewesen, dass auch die Opposition, am deutlichsten die LINKE durch Oskar Lafontaine, die

se Ergebnisse als deutliche Verbesserung und Fortschritt bewertet hat. Gemessen an den bisherigen Aussagen bei vergangenen Debatten während zurückliegender Haushaltsberatungen oder der Aussprache zur Regierungserklärung im Jahre 2015, damals überschrieben mit: „Den saarländischen Weg fortsetzen. Gemeinsam Herausforderungen meistern und Zukunft gestalten“ hätte das relative Lob, wenn ich auf die gesamte Opposition blicke, allerdings auch etwas klarer und unmissverständlicher ausfallen können.

Vor einem Jahr bemängelte man noch einen Tag vor einer beratenden Runde des Bund-Länder-Finanzausgleichs in Berlin, dass die saarländische Landesregierung hier kein eigenes schlüssiges Konzept zur Neuordnung vorlege und resümierte daraus ausweislich des Protokolls vom 17. Juni, dass man wohl auch überhaupt keines in einer Schublade hätte, sonst würde man es ja hier vorlegen. Heute weiß die Öffentlichkeit, dass es dieses Konzept gegeben hat.

Heute wird auch wohl niemand mehr bezweifeln wollen, dass es vor einem Jahr viel sinnvoller war, diese Vorlage zuerst einmal den übrigen Bundesländern zu präsentieren, mit ihnen darüber zu diskutieren, als sie am 17. Juni des vergangenen Jahres in eine Debatte dieses Hauses einzuführen und Gefahr zu laufen, dass am Ende lediglich ein Kleinreden à la GRÜNEN-Landtagsfraktion hier mit dieser Vorlage passiert. Ich finde, das war damals die richtige Entscheidung.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Das Konzept befreit im Übrigen die Konstruktion des Bund-Länder-Finanzausgleichs nicht nur grundlegend von der Systematik der Geber- und Nehmerproblematik, sondern es bringt dem Saarland ungefähr doppelt so viel an Finanzmitteln ab 2020, wie die bisherigen oppositionellen Äußerungen in vergangenen Debatten als notwendigen Bedarf bezifferten. Noch vor Monaten wurde hier permanent die Rechnung aufgemacht, dass ausschließlich eine andere Steuerpolitik die - ich betone - notwendigen 250 Millionen Euro pro Haushaltsjahr ins Saarland fließen lassen würde, 250 Millionen, die mindestens notwendig seien, um die Haushaltskonsolidierung zu gestalten und auch notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.

Gar als Konstruktionsfehler dieser Regierung bezeichnete Kollege Lafontaine den prognostizierten Umstand, wonach sich in der nächsten Zeit der politischen Machtstruktur in Bundestag und Bundesrat geschuldet keine Konstellation finden ließe, die über die Einnahmeseite helfen würde, diesen Landshaushalt zu sanieren. Aber im Grunde ist genau das jetzt geschehen, zwar nicht über eine steuerpolitische Debatte, die damals gemeint war, sondern über diese besondere Lösung auf Grundlage eines

(Abg. Pauluhn (SPD))

saarländischen Vorschlages zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen.

Man kann doch heute mit Fug und Recht resümieren: Anstatt in Erwartung eines Steuerermehraufkommens von 250 Millionen für das Land permanent Bundesratsinitiativen ohne die geringste Chance auf Umsetzung zu produzieren - da treffe ich als Sozialdemokrat zunächst mal gar keine Aussage zu einem gerechteren Steuersystem -, ohne jegliche Chance auf Erfolg, war es doch viel besser und wichtiger, mit unserem Vorschlag, mit einer konsequenten Sparpolitik und dem Zeichen aus dem Saarland, dass man die Anforderungen auch selbst erfüllt, in diese Debatte zur Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs zu ziehen und am Ende genau das Doppelte von dem mit nach Hause nehmen zu können, was wir vor einem Jahr in einer Debatte noch als notwendig erachtet haben. Das war doch ein großer Erfolg!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Nach Adam Riese sind zwei mal 250 Millionen 500 Millionen. Ein anerkennendes Wort zu dieser Tatsache hätte heute der Opposition gut angestanden. Es ist richtig, dass damit nicht alle Probleme unseres Landes gelöst sind. Insbesondere die ersten beiden Haushaltsjahre der nächsten Legislaturperiode, 2018 und 2019, werden unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der beschriebenen Defizitobergrenze auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt 2020 zwei schwierige Haushaltsjahre werden. Aber diese Erkenntnis - ich sage das schon mal vorbeugend - fällt heute nicht vom Himmel.

Schon während der Haushaltsberatungen der ersten beiden Jahre dieser Legislaturperiode konnte ich beinahe im Staccato wiederholend Folgendes vortragen. Mit Ihrer Zustimmung zitiere ich mich selbst aus dem Jahr 2013: „Mit abnehmenden finanziellen Spielräumen auf dem Weg zum Haushaltsausgleich in 2020 lagen auf dem Weg vor uns erstmals schwere Steine und große Herausforderungen, die es keinem von uns in diesem Hause leicht machten, den Weg der notwendigen Konsolidierung ohne Mühen zu beschreiten. Die Treppe des Weges der Schuldenbremse wird von Jahr zu Jahr steiler. Das spüren wir alle und die schwierigsten Jahre werden sicher am Ende des Zyklus liegen. Obwohl die Einhaltung der Schuldenbremse unsere Handlungsspielräume in den nächsten Jahren beinahe vollends aufzehren wird, geht das Saarland bewusst diesen schwierigen Weg der Konsolidierung.“

Wir legen unseren Blick aber nicht alleine auf das Sparen, wir werden auch den notwendigen Wandel aktiv gestalten. Das tun wir unter anderem im Bereich der Bildungs- und Industriepolitik. Wir tun dies für den Industriestandort Saarland und die hier lebenden und arbeitenden Menschen. Und wir wollen

damit die Verhandlungen zu einem neuen Bund-Länder-Finanzausgleich aus einer möglichst aktiven und starken Rolle heraus mitgestalten. Wir wollen dabei sein und mitgestalten, wenn die Entscheidung fällt, und nicht nur von der Tribüne aus hören, was andere über uns entscheiden.“ Ich finde, es ist schön, wenn man manchmal Recht behält.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute darf ich sagen, meine Prognose war richtig, und das erwartete Ergebnis ist mindestens in zwei von drei Bereichen zum Greifen nahe, es liegt jedenfalls auf dem Tisch. Der wichtigste Schritt ist in der Tat erledigt, denn die Voraussetzungen sind nun geschaffen. Wir sprachen immer von einem Dreiklang zur Problemlösung: Sparen und Konsolidieren, Einnahmeverbesserungen erreichen und Altschuldenproblematik beseitigen. Wir haben zwar noch zwei schwierige Haushaltsjahre vor uns, aber der Weg, durch eigene Anstrengungen ernst genommen zu werden, hat sich rentiert. Die Einnahmen sind maßgeblich verbessert, und zwar um das Doppelte gegenüber dem, was bisher von dieser Stelle aus als unumwunden notwendig erachtet wurde.

Es bleibt der dritte Punkt, die Lösung der Altschuldenproblematik. Hierzu wage ich auch noch mal eine Prognose. Sie wird diesen Landtag noch einige Legislaturperioden beschäftigen, aber wir werden in der Lage sein - das wird der neue Landtag dann in seinen Haushaltsberatungen zu erörtern haben -, darüber zu entscheiden, wie viel von diesen 500 Millionen in die Altschuldentilgung fließt. Wir können auf jeden Fall damit beginnen. Auch damit steht fest: Es gibt einen Anfang des Schuldenabbaus, auch der liegt auf dem Tisch. Und auch das ist ein Erfolg, Kollege Kessler.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Auch künftige Landesregierungen werden - egal wie sie sich zusammensetzen - nicht aus dem Übermaß schöpfen können. Auch der neue Landtag, der sich im nächsten Frühjahr konstituiert, wird bei der Verabschiedung seiner ersten Haushalte in der nächsten Wahlperiode - um im Bild zu bleiben - zwei weitere steile Stufen einer beschwerlichen Treppe nehmen müssen. Aber das Ziel war nie so nah wie heute.

Wir dürfen doch gemeinsam feststellen: Mit der geschaffenen Neuregelung entstehen wieder echte Handlungsspielräume. Die Vollendung der Konsolidierung ist jetzt in Sicht, sie ist greifbar. Es gibt neue Investitionsspielräume, neue Spielräume für eine Zukunftsgestaltung dieses Landes, dies alles mit maßgeblich eigener Kraft. Auch das ist eine Leistung dieser Regierung, die nicht kleingeredet werden kann, ganz gleich, welches Haar man nun in dieser Suppe sucht.

(Abg. Pauluhn (SPD))

Möglicherweise gibt es einen Wermutstropfen, wenn eine Bundesfernstraßenverwaltung gegründet wird. Aber im Einzelnen ist dazu noch nichts festgezurr, das sage ich insbesondere in Richtung der Beschäftigten. Das muss jetzt erst mal noch verhandelt werden. Meiner Fraktion, der SPD, bleibt dabei wichtig, dass gerade die Interessen der Beschäftigten in vollem Umfang berücksichtigt werden und dass sich niemand gegenüber dem Status quo schlechter stellt. Daran werden wir arbeiten. Das gilt es in den anstehenden Verhandlungen von Länderseite einzubringen - ich bin sicher, da sind wir nicht alleine als Saarland - und im Interesse der Beschäftigten dann auch umzusetzen.

Aber genauso wie bei den genannten Nebenvereinbarungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich hier das Ergebnis noch gar nicht feststeht, ist ein anderes schon festgeschrieben. Der Bund wird künftig insbesondere finanzschwachen Kommunen durch Mitfinanzierungen Investitionen in die Bildungsinfrastruktur erleichtern, sie geradezu anstoßen. Das hilft insbesondere den saarländischen Städten und Gemeinden, das ist ein echter Fortschritt. Mit der Lockerung des Kooperationsverbotes ist damit ein erster guter Schritt in diesem Feld gemacht.

Es ist zu erwarten, dass damit rund 75 Millionen Euro Bundesmittel in das Land kommen, die ausschließlich für kommunale Bildungsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Ich finde, auch das ist ein großer Erfolg. Das hat ja zunächst einmal mit dem eigentlichen Bund-Länder-Finanzausgleich gar nichts zu tun, sondern das kommt noch over-top, ein richtiges Plus für die klammen Gemeinden in diesem Land, ein weiterer großer Erfolg.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl ich weiß, dass dies nicht die Stunde von Verteilungsdebatten sein kann unter dem Motto „Was wird ab 2020 mit den neu gewonnenen Spielräumen alles geschehen können?“, will ich dennoch auf einen Punkt hinweisen, der auch den neuen Landtag mit Sicherheit beschäftigen wird. Unter den Zukunftsinvestitionen ist eine zweifelsfrei besonders wichtig, vielleicht sogar die Wichtigste. Es sind Investitionen, die die Ressourcen eines Landes heben helfen, Zukunftsinvestitionen im wahrsten Sinnen des Wortes. Wir sind nicht mehr ein Land der reichen Bodenschätze. Aber wir sind dennoch ein Land voller Potenziale. Eine wechselvolle Geschichte hat unser Land und die Menschen, die hier leben, geprägt. Das Saarland war über Jahrhunderte von Bergbau und Schwerindustrie geformt und hatte auch deswegen stärker als viele andere unter dem folgenden Strukturwandel zu leiden. Vielleicht auch darum zeichnen wir Saarländerinnen und Saarländer uns durch ein sehr starkes Zusammengehörigkeitsgefühl aus.

Wir sind bereit, füreinander einzustehen. Das zeigt sich auch beispielsweise an der Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Und die Saarländerinnen und Saarländer zeichnen sich durch eine starke Verwurzelung mit ihrer Heimat aus. Hier zieht niemand gerne weg. Wir sollten sozusagen in diese innere Veranlagung, diese Genetik der Saarländerinnen und Saarländer, investieren. Ich denke, neben der Sicherung von Arbeitsplätzen muss es die Hauptaufgabe der Politik bleiben, die Investition in die Köpfe unserer Kinder zu sichern und weiter auszubauen. Das ist die wahre Zukunftsinvestition.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Bildungsinvestitionen waren immer wichtig, doch um die Herausforderungen des demografischen Wandels im Saarland zu meistern, sind sie bei uns noch wichtiger denn je und wichtiger als anderswo. Eltern, die wissen, dass es sich hier gut leben lässt und dass ihre Kinder beste Bildungschancen haben, werden die wahren Saarlandbotschafter sein. Sie haben einen liebevollen Blick auf ihr „Zuhause“ und fühlen sich mit ihrem Land verbunden. Sie machen sich für ihre Heimat stark, weil sie wissen, dass es sich rentiert, sich einzusetzen. Und darum müssen wir vor allem hier ansetzen.

Ich war vorgestern als Gast des Digitalisierungsforums beeindruckt vom Vortrag von Professor Scheer. Er wies darauf hin, dass seines Erachtens die Herausforderungen der Zukunft weniger in der schulischen Ausstattung mit IT-Infrastruktur liegen als in der zu schaffenden Möglichkeit, online auf Bildungsangebote und -inhalte zugreifen zu können. Er regte die Erarbeitung und Bereitstellung einer „Bildungs-Cloud“ an, auf die Schüler und Lehrer gleichermaßen und jederzeit mit ihren sowieso vorhandenen Endgeräten zugreifen können. Und gefragt nach der wichtigsten Voraussetzung zur Digitalisierung an der Saar antwortete Professor August-Wilhelm Scheer unumwunden: Das ist Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Ich finde, einer solchen Expertise darf sich die Politik nicht entziehen. Das wäre ein wirklich großer Zukunftsfehler, ein Fehler von morgen, der manche Anstrengung von gestern zunichtemachen könnte. Diesen Fehler darf die Politik nicht machen! Er darf auch nicht in der nächsten Legislaturperiode gemacht werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Unser Land hat wirklich viel zu bieten, viel mehr, als man ihm allenthalben zutraut. Dieses Land ist liebenswert. Das drückt sich besonders im Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Und unser Saarland sieht nun auch, fast oben angekommen, am Ende dieser steilen Treppe wieder Licht hinter den Hürden dieses schweren Weges. Unser Ziel war es immer, das Saarland so zu gestalten, dass vor allem die Men-

(Abg. Pauluhn (SPD))

schen, die hier leben, mit voller Überzeugung sagen: Es rentiert sich wirklich, die Eigenständigkeit unseres Landes zu bewahren!

Mit dem Ergebnis zum Bund-Länder-Finanzausgleich sind wir diesem Ziel einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Der 14. Oktober 2016 war ein wirklich guter Tag für unser Land und es war vor allem damit ein guter Tag für seine Bürgerinnen und Bürger. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Im Sinne des Ganzen - um es auf gut saarländisch zu sagen - wünsche ich diesem Land und seinen Menschen auch weiter ein herzliches Glück auf!

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort für die PIRATEN-Landtagsfraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Michael Hilberer.

Abg. Hilberer (PIRATEN):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir natürlich eine besondere Freude, mich heute zu dem Thema zu äußern, gehöre ich doch gerade zu denen, die immer gerne laute Kritik an der Verhandlungsstrategie der Landesregierung geäußert haben. Mir ist es quasi zu verdanken, dass die Ministerpräsidentin auf einem der Pressefotos des Jahres war, als sie sich über das geärgert hat, was ich zum Thema „kein eigenes Modell des Saarlandes“ gesagt habe.

(Zuruf von der CDU.)

Genau, Herr Kollege. - Deshalb ist es mir natürlich eine besondere Freude, heute zu diesem Thema explizit zu sprechen, da die Karten auf dem Tisch liegen und wir wissen, was verhandelt wurde. Es geht vor diesem Hintergrund darum, ganz ausdrücklich zu würdigen, welche politische Arbeit dahinter gesteckt hat und welches politische Kapital von allen Beteiligten investiert wurde und mit welchem Nachdruck mit Sicherheit verhandelt wurde, damit ein solches Ergebnis durchgesetzt werden konnte. Ich bin mir auch nicht zu schade, dafür zu danken.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich hätte eine andere Strategie gewählt, wenn ich in der Verantwortung gewesen wäre. Ob sie zum selben oder einem anderen Erfolg geführt hätte, kann man nicht wissen.

(Zuruf von den Regierungsfraktionen: Sehr richtig. - Heiterkeit und Beifall.)

Besonders hervorheben möchte ich - auch wenn das meine Vorredner schon getan haben -, dass der Dank natürlich auch der Fachebene gebührt, den entsprechend Kärrnerarbeit leistenden Menschen in der Verwaltung, die bei dem Thema wirklich ge-

glänzt haben. Ich glaube, es ist allgemein anerkannt. Man hört es im Moment allerorten. Sie sind diplomatisch geschickt vorgegangen und haben fachlich überragend argumentiert. Auch hier ein ausdrücklicher Dank in diese Richtung.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und den PIRATEN.)

Es ist natürlich immer eine Frage, wie man die Worte wählt. Wenn ich sage, wir haben vor Bayern gebuckelt, dann kann man das auch nennen: Verlässlicher Konsolidierungspfad gewählt. Damit haben wir, die Ministerpräsidentin hat es gesagt, Vertrauen geschaffen, um überhaupt eine Lösung auf diesem Basis der Interessen der Bundesländer zu finden.

Es hat funktioniert. An die bayerische Adresse sage ich: Man braucht sich nur die entsprechenden Debatten im Bayerischen Landtag anzuschauen. Sie sind frei verfügbar, im Gegensatz zu Modellen, die ich vor zwei Jahren noch nicht kannte. Die Debatten des Bayerischen Landtages sind klar einsehbar. Da kann man sehen, wie sich der Ton gegenüber dem Saarland und Bremen durchaus geändert hat. Von daher hat es funktioniert. Wir haben ein wirklich ordentliches Ergebnis herausgearbeitet.

Lieber Kollege Hans, ich komme auf Ihre Einlassung von vorhin zurück. Das hier ist nicht die Feierstunde zum neuen Bund-Länder-Finanzausgleich, sondern es ist eine Debatte im Anschluss an die Regierungserklärung. Von daher gesehen müssen wir uns die Frage stellen, ob dieses ordentliche Ergebnis auch ein ausreichendes Ergebnis ist. Das ist etwas, worüber man durchaus debattieren kann. Kollege Hans, auch ich muss die Zahl 500 Millionen ein wenig zurechtrücken. Natürlich sind es im Jahr 2020 etwa 500 Millionen mehr, als wir dann ohne diese Einigung hätten.

Allerdings bezogen auf heute und auf die heutigen Spielräume - darum muss es gehen, welche finanziellen Spielräume dem Land zur Verfügung gestellt worden sind -, muss man ehrlicherweise sagen, im Vergleich zu heute wird 2020 der Konsolidierungspfad weitergegangen sein. Das heißt, das Instrument Neuverschuldung fehlt. Das werden im nächsten Jahr nach Haushaltsplan noch einmal über 160 Millionen sein. Die müssen wir dann quasi als Spielraum abziehen. Da sind natürlich auch die 260 Millionen, die wir momentan noch als Konsolidierungshilfe bekommen. Sie werden auch nicht mehr verfügbar sein. Auch die müssen wir von dieser Grundsumme abziehen, wenn wir betrachten, was die Spielräume im Jahr 2020 im Vergleich zu 2017 sind.

Dann ergibt sich in der Tat eine kleinere Summe. Ich glaube, das ist das, worauf meine Vorredner aus der Opposition hinauswollten. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie das nicht zu sehr mit dem Tunnelblick

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

betrachtet haben, dass man Ihre Zahl herunterrechnen wollte.

2020 starten wir also im Grunde genommen die Spielräume betreffend auf einem Niveau, wie wir es 2018 erreichen werden. Kann das reichen, um dieses Land zukunftsfähig zu machen? Das ist natürlich die Frage, die nicht nur ich mir stelle, sondern die sich auch jede Saarländerin und jeder Saarländer da draußen stellen sollte, denn das ist die entscheidende Frage.

Stabilität war das zentrale Element Ihrer Politik. Sie haben das immer wieder erwähnt. Stabilität ist Ihnen extrem wichtig. Mit Bezug auf den Finanzausgleich muss man sagen, ja, das Ziel ist insofern erreicht, ich rechne in nächster Zeit nicht mehr mit Klagen gegen den Länderfinanzausgleich. Das heißt, hier haben wir mehr Stabilität erreicht.

Ich sehe aber eher negativ, dass wir mit der ganzen Verhandlung noch einmal die Schuldenbremse und den Stabilitätsrat stärken. Bezüglich der auszuarbeitenden Details - das heißt, wie wird die Lösung wirklich aussehen, welche Einsichts- und Durchgriffsrechte wird der Stabilitätsrat wie auch immer haben - glaube ich, dass das noch richtig harte Verhandlungen werden, die uns noch bevorstehen.

Stabilität hat sich aber in diesen Verhandlungen durchgesetzt. Da muss ich zur Fundamentalkritik, welche Strategie man fährt, zurückkommen. Stabilität hat sich durchgesetzt, vielleicht auch Pragmatismus, bezüglich der Frage, schaffen wir gemeinsam eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Kommunal-Finanzbeziehungen. Ich glaube, da liegt immer noch sehr viel im Argen. Jetzt wurde eine pragmatische Lösung gefunden. Vielleicht ist es auch die einzige, die in dieser Kombination momentan möglich war, aber es ist nicht die grundlegende Reform, die wir bräuchten, um das Finanzgeflecht in diesem Land so aufzulösen, dass für alle drei Ebenen eine nachhaltige Finanzierung in der Zukunft gesichert ist.

(Beifall bei PIRATEN und B 90/GRÜNEN.)

Lassen Sie mich kurz darauf eingehen, dass das Ganze hier als großer Sieg des Föderalismus gefeiert wird. Ich denke, gerade durch die Brille des Finanzföderalismus betrachtet kann man da nicht unbedingt von einem großen Sieg reden, wenn die Lösung im Endeffekt darin besteht, dass sich die 16 Länder einig sind, dass der Bund drauflegt. Das heißt ja eben, dass der horizontale Finanzausgleich an seine Grenzen gekommen ist, dass man da keine neue Lösung gefunden hat. Deshalb muss ich auch dem Kollegen Lafontaine recht geben, ich halte das durchaus auch für einen Rückzug des Föderalismus. Aber, wie auch schon gesagt wurde, es ist der Zeitgeist. Es ist leider nichts, was man innerhalb dieser Verhandlungen hätte anders machen können.

Zurück zur Stabilität. Woher kommt die Liebe zur Stabilität? Stabilität kann man auch als Stillstand bezeichnen. Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Rede ist mir aufgefallen, dass Sie da einen weit verbreiteten ökonomischen Irrtum wiederholt haben. Sie haben gesagt, wir vertreten in allen Bereichen eine Politik der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist für Sie dann, nicht mehr zu verbrauchen, als einem zur Verfügung steht. Das ist jetzt vielleicht schon eine unzulässige Vereinfachung, aber ich würde es mal so unterschreiben. Aber dann kommt: Warum soll das nicht auch beim Geld gelten? Das Problem ist, wenn wir nach dieser Maxime wirtschaften, dann steht uns im Kreislauf am Ende immer wieder weniger Geld zur Verfügung. Es unterschlägt etwas Wichtiges, denn was eigentlich die Maxime sein müsste, ist: Wir dürfen nicht mehr Geld ausgeben, als uns m o r g e n zur Verfügung steht. Das ist dann der Spielraum für Investitionen. Bedenken Sie, dieses Land hat bereits jetzt einen sehr hohen Investitionsbedarf, das lässt sich schlicht und ergreifend nicht leugnen. Unser Land hat heute schon Nachholbedarf und es wird richtig schwierig, die kommenden Umbrüche zu meistern.

Die kommenden Umbrüche, die Megatrends, sind da. Das ist natürlich die Digitalisierung, die die nächste Stufe zünden wird. Das wird dann wesentlich mehr. Das ist aber auch die Globalisierung, die auch in die nächste Stufe eintritt. Da ist die zentrale Frage - jetzt wieder auf den Föderalismus bezogen -, wie wir es in diesem hoch dynamischen Umfeld schaffen, gleichwertige Lebensverhältnisse in unserer Bundesrepublik zu schaffen und damit aus unserer Sicht in unserem Bundesland.

Einige Baustellen möchte der Bund jetzt übernehmen, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse geht. Das Kooperationsverbot soll gelockert werden, die Stärkung von Alleinerziehenden ist mit Sicherheit auch eine ganz wichtige Sache. Sie haben auch das Bereitstellen von IT-Grundstrukturen erwähnt, damit der Bürger die öffentliche Verwaltung online wahrnehmen kann, das ist mit Sicherheit ein ganz wichtiger Punkt. Der Fernstraßenbau wird durch die neue Fernstraßengesellschaft auch zentralisiert gefasst.

Man muss sich schon die Frage stellen, ob die Länder dann auch noch bedarfsgerecht versorgt werden. Es ist natürlich ein Abgeben von Kompetenz. Wir sind jetzt in einer Situation, in der wir sagen, dass wir das Geld nicht haben. Wenn wir das Geld nicht haben, ist es besser, der Bund macht es, als wenn wir es überhaupt nicht machen. Die Länder sind ja in diesen Punkten auch gescheitert. Es ist offensichtlich, dass da die Probleme liegen. Deshalb können wir froh sein, dass der Bund das macht. Aber wird der Bund es auch so machen, dass es in diesem Land dazu führt, dass noch gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen? Vor diesem Hinter-

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

grund möchte ich noch einmal anführen, wie es sich bereits heute mit dem Bundesverkehrswegeplan verhält. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Projekte dort mit dem Ziel ausgewählt werden, gleichwertige Lebensverhältnisse in unserer Bundesrepublik zu schaffen, und wer weiß, ob es bei anderen Projekten entsprechend sein wird.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Dann gibt es noch offene Baustellen, die bei uns selbst liegen. Der Umgang mit den Altschulden ist ganz klar nach wie vor ein drückendes Problem, momentan gemindert durch die geringen Zinslasten, auch auf mittelfristige Sicht gesehen gemindert durch die Zinslasten, weil wir natürlich langfristig finanzieren. Es sind die Versorgungslasten, Kollege Kessler hat es ausführlich aufgeführt, aber es ist auch die anstehende Infrastrukturmodernisierung. Da ist das Breitband ein plakatives Beispiel. Es ist aber so, dass wir eine topmoderne Infrastruktur brauchen, um fit zu sein für diesen neuen globalen Wettbewerb. Auch da liegt viel im Argen, da ist noch viel zu tun. Wo sind denn in Zukunft die Spielräume, um das zu tun, das ist doch die Frage, die wir uns hier stellen müssen.

Die Frau Ministerpräsidentin hat in ihrer Rede gesagt, dass die Konsolidierungspolitik nie Selbstzweck war; sie hat den Menschen im Lande vieles abverlangt. Ich glaube, das ist genau der Kern der Sache. Sie hat bereits jetzt den Menschen sehr viel abverlangt. Ich befürchte, es hat ihnen mehr abverlangt, als wir heute ahnen, denn noch vorhandene Spielräume, die wir in den letzten Jahren hatten, haben wir nicht ausgeschöpft. Das heißt, wir haben uns immer relativ weit entfernt gehalten von der Nettoneuverschuldungsgrenze, die im Konsolidierungspfad festgeschrieben war. Da wären noch Spielräume gewesen.

Dieses Fenster hat sich inzwischen weitestgehend geschlossen, aber die Investitionen, die wir da nicht getätigt haben, werden uns in Zukunft fehlen. Ist damit die Zukunft verbaut? Das ist die spannende Frage. Sagt man nein, dann muss man die Frage beantworten: Wie wollen wir die Zukunftsfähigkeit gewährleisten? Die Ministerpräsidentin spricht von einer Weggabelung, Prioritäten und Posterioritäten seien zu setzen. Ich finde, auch damit hat sie den Kern getroffen, aber es fehlt mir ein bisschen am Glauben, dass das auch wirklich durchgezogen wird. Denn es ist eine richtig harte Geschichte, eine Priorität zu setzen und das Gegenteil. Denn vulgo heißt das ja klarzumachen, was getan werden muss und was man eben lieber nicht macht.

Gerade der zweite Punkt wird verdammt schwierig, der wird politisch sehr schwierig durchzusetzen sein. Mit wenig Finanzausstattung ist es schwierig, Impulse zu setzen. Kollege Lafontaine hat das als Leitin-

vestitionen bezeichnet, man könnte auch sagen, es wird keine landesfinanzierten, Zusammenhalt stiftenden Leuchtturmprojekte geben in diesem Land, weil dafür schlicht und ergreifend kein Geld da sein wird.

Ich bin der Meinung, ein großes Potenzial für unser Bundesland liegt darin, innerhalb unserer Großregion als Grenzraum eine Leuchtturmfunktion zu übernehmen und Zugpferd dieser Großregion zu sein. Und da ist ja durchaus Bedarf. Da ist ein Vakuum, weil das niemand in dieser Grenzregion macht. Luxemburg macht das in Ansätzen, aber niemand ist wirklich da, der diese Lücke ausfüllt. Da wäre durchaus eine Möglichkeit für das Saarland zu brillieren. Aber wir werden kein Geld übrig haben, um beispielsweise aus dem Pingussonbau ein echtes Haus der Großregion zu machen. Es wird vermutlich auch kein Geld da sein, um die TramTrain-Verbindung ins nahe Forbach zu realisieren, um uns diesen Raum für Saarbrücken zu erschließen.

Der saarländische Weg muss also andere Wege finden, er muss andere Pfade gehen. Jetzt nur einmal ein Gegenbeispiel, wie es meiner Meinung nach nicht geht. Sie haben es vorhin selbst in Ihrer Rede erwähnt: der Bundesratsentscheid zum Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren im Jahre 2030. Ich finde, die Position des Saarlandes war an der Stelle ein fatales Zeichen. Jetzt nicht einmal unbedingt aus umweltpolitischen Gesichtspunkten, sondern aus strukturpolitischen Gründen, denn der Weg wird ohnehin weggehen vom Verbrennungsmotor. Dieser Bundesratsbeschluss war nicht so formuliert, dass ich davon ausgehen muss, dass morgen die Verbrenner verboten werden. Wenn Sie dann hier sagen, es ging darum, auf jeden vierten Arbeitsplatz heute zu verzichten, dann ist das nicht korrekt. Die E-Mobilität wird kommen, wir müssen uns ja dafür aufstellen, das heißt, wir müssen auch die entsprechenden Signale setzen. Ich glaube, es ist fatal, an die Autoindustrie das Signal zu senden, dass sie sich nicht weiterentwickeln braucht, weil wir ihre Verbrenner-Wertschöpfungskette schützen. Das Signal müsste sein: Ja, die nächste Gigafactory für Akkumulatoren muss im Saarland stehen. VW sucht momentan europaweit einen Standort dafür, da müssen wir uns in die erste Reihe stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN und den PIRATEN.)

Eines ist sicher: Die nächste Landesregierung wird es nicht leicht haben, sie wird vor allem nach der Maxime leben müssen "Intelligenz statt Geldbeutel". Da ist echte Kreativität gefragt.

(Abg. Enschede (DIE LINKE): Das ist ja heute schon so.)

Ja, das geht aber noch weiter. - Vielleicht entpuppt sich dann ja die Mangelwirtschaft als saarländische Stärke. Das ist vielleicht ein bisschen hart formuliert,

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

aber man muss darüber nachdenken. Die digitale Zukunft giert nach Innovationen. Sie macht Räume auf, in die man reinwachsen kann. Im Saarland - mit Verlaub - gibt es auch eine sehr interessante Knauber-Kultur. Das, was man heute im Silicon-Valley vielleicht als Maker-Kultur bezeichnet, haben wir hier schon sehr lange. Wenn ich mal ein kleines Beispiel aus meiner eigenen Biografie heranziehen darf: Ich war viele Jahre Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Neunkirchen. Ich muss sagen, Neunkirchen gehört nicht zu den reichsten Kommunen in unserem Land, entsprechend konnte man da viele Hindernisse damit umschiffen, dass wir kreativ mit Technologie umgegangen sind, um das eine oder andere zu bauen, was man am Markt nicht beschaffen konnte.

Ich glaube, genau das ist der Geist, den das Saarland braucht, eine „Knauber“-Kultur statt einer „Maker“-Kultur. Darauf können wir aufbauen.

(Beifall von den PIRATEN und vereinzelt bei den Oppositionsfraktionen.)

Aber so etwas braucht Freiräume. Da darf natürlich nicht der Nächste um die Ecke kommen und sagen: Aus versicherungstechnischen Gründen ist das aber nicht machbar, wir müssen auf jeden Fall Gerät x anschaffen. - Das ist jetzt wieder die politische Frage. Politik muss diese Freiräume schaffen, damit Innovationen entstehen können. Das geht auch mit kleinem Geldbeutel, verlangt aber ein großes Umdenken. Deshalb müssen wir der nächsten Landesregierung ins Stammbuch schreiben, dass die Infrastruktur stehen muss. Das ist klar. Das kostet Geld. Es muss aber Priorität sein, denn wir brauchen eine Grundlage, auf der wir aufbauen können. Ohne Grundlage, ohne Fundament ist kein Haus zu bauen.

Ich halte das Thema öffentliche Mobilität nach wie vor für sehr wichtig, weil es die Grundlage ist für Verwaltungszentralisierung. Ich kann Dinge nur nach Saarbrücken legen, wenn ich den Leuten auch ermögliche, hierherzukommen. Es ist natürlich auch eine Frage des Umweltschutzes. Wollen wir Treibhausgas einsparen, müssen wir mit dem öffentlichen Personennahverkehr durch unser Land kommen. Es ist aber auch eine Frage des Lifestyles. Möchten wir diesen modernen Lifestyle ansprechen, möchten wir diese kreativen, innovativen Leute bekommen? - Dann müssen sie auch in ein Land kommen können, von dem sie wissen, dass sie hier kein eigenes Auto brauchen, wenn sie keines wollen. Das ist ein absoluter Asset, das müssen wir durchsetzen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich wiederholen: Wir brauchen in diesem Land einen fahrscheinlosen ÖPNV. Das ist nicht nur cool und modern, das ist nicht nur eine coole Publicity für dieses Land, weil

wir die Ersten wären, die so etwas durchsetzen würden, sondern es bringt auch mehr Geld ins System, und dann können wir uns endlich den ÖPNV bauen, den wir brauchen. Da müssen wir umdenken. Das ist ein Teil des Umdenkens, das ich meine.

(Beifall von den PIRATEN.)

Ich kann das auch an Zukunftstechnologien wie dem autonomen Fahren festmachen. Wir haben einen entsprechenden Antrag gebracht. Uns ging es darum, ein politisches Zeichen zu setzen. Dieses Land muss sich in der Schlange nach vorne stellen - gerade das Autoland Saarland. Wir haben es gehört, jeder vierte Arbeitsplatz ist in der Automobilindustrie. Gerade das Autoland Saarland, das so abhängig ist von Automotive, muss sich bei einem solchen Megatrend, bei einer solchen Zukunftstechnologie ganz nach vorne stellen und sagen: Ja, wir sind das Land des autonomen Fahrens. - Das ist bisher nicht passiert. Das ist keine Frage der Finanzen, sondern eine Frage der PR und eine Frage, wie man Politik macht. Hier wünsche ich mir einfach mehr politisches Bewusstsein für diese Chancen und Megatrends.

(Beifall von den PIRATEN.)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Natürlich werden wir uns aus gewissen Bereichen als öffentliche Hand zurückziehen und der Zivilgesellschaft den Weg überlassen müssen. Im letzten Jahr hatten wir ein schönes Beispiel, als wir die hohen Zahlen an Zuwanderung hatten. Da hatten wir ein ehrenamtliches Engagement, das unfassbar war. Ich glaube, daraus müssen wir lernen. Wir müssen daraus lernen, dass es zum Teil nicht gelungen ist, diese Ehrenamtler bei der Stange zu halten, dass es unglaublich schwierig war, eine Struktur zu schaffen, an der sie andocken können. Der Staat muss sich hier also auch verändern.

Auch das ist eine Art von Spielraum, das ist eine Art, Freiraum zu schaffen, damit die Zivilgesellschaft zugreifen kann. Momentan, das habe ich ein bisschen herausgehört bei dem Hinweis auf das Integrationsgesetz, ist es doch so, dass politisch diejenigen gehört werden, die zu Hause auf dem Sofa sitzen und Facebook mit Hass-Postings vollschreiben. Es wird aber nicht auf diejenigen gehört, die in Lebach in der Landesaufnahmestelle den Leuten helfen. Das kann es doch nicht sein! Das ist keine Förderung ehrenamtlichen Engagements, das ist keine Förderung der Zivilgesellschaft!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Meine persönliche Meinung ist: Im Zweifel schieben wir lieber mal einen weniger ab als einen zu viel.

Noch ganz kurz zum Antrag der LINKEN. Wir werden ihm zustimmen, auch wenn uns die ein oder andere Formulierung nicht gefällt. Unter der Millionärs-

(Abg. Hilberer (PIRATEN))

steuer kann ich mir wenig vorstellen. Die Zielrichtung ist aber klar. Es wäre mit Sicherheit zum Wohle der Saarländerinnen und Saarländer, wenn wir es schaffen würden, auf diese Art und Weise eine Einkommenssteigerung zu schaffen. Ich sehe natürlich durchaus die Problematik, dass man damit auf ein „Weitermachen-wie-bisher“ käme. Aber frei nach Descartes' „Zweifel ist der Weisheit Anfang“ zweifle ich, dass der Weg gegangen wird, den ich vorhin aufgezeigt habe und den ich für eine Möglichkeit halte. Dann müssen wir eben im bestehenden System bleiben. Da brauchen wir schlicht und ergreifend mehr Geld, sonst geht es nicht. - Vielen Dank.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht heute in der Regierungserklärung und der sich anschließenden Debatte um die Frage, welches Verhandlungsergebnis erzielt werden konnte, wie dieses Verhandlungsergebnis zu beurteilen ist und welche Chancen und Perspektiven daraus erwachsen. Das ist quasi die Aufgabenstellung, die heute hier zu erledigen ist.

Aus meiner Sicht will ich dazu sagen, dass man das, was am 14. Oktober dieses Jahres gefunden worden ist, durchaus als einen sehr tragfähigen Kompromiss zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses Landes bezeichnen kann. Vor diesem Hintergrund kann man auch sagen, dass am 14. Oktober ein guter Tag für die Menschen an der Saar war, weil wir einen Beitrag geleistet haben zur Zukunftssicherung und zur Eigenständigkeit dieses Landes

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich glaube, das braucht man weder zu überhöhen noch muss man es irgendwie kleinreden. Es ist genau das, nicht mehr und nicht weniger. Es geht um eine Perspektive, um eine Chance und eine Möglichkeit, die wir uns erkämpft und erstritten haben und die wir mit guten Argumenten für uns erarbeitet haben. Ich glaube, es geht neben dem, was dort an Ergebnissen und damit als Grundlage für die Zukunft erarbeitet worden ist, auch noch um etwas anderes, das neben den Einzelergebnissen in dieser Zeit durchaus auch einen Wert haben kann. Es geht nämlich darum, dass klar und deutlich geworden ist, dass die Politik handlungsfähig ist - die Große Koalition in diesem Lande, wie wir uns mit der Verwaltung in unserem Rücken in diesen Verhandlungen aufgestellt haben, aber auch die Große Koalition in Berlin, wie sie den Bund repräsentiert hat, genauso wie die bündische Gemeinschaft, sprich die 16 Bundeslän-

der. Sie alle zusammen unter einen Hut zu bringen bei der Ausgangssituation der unterschiedlichsten Interessenlagen, die es natürlicherweise in diesem Zusammenhang nun einmal gibt, und dann tatsächlich ein Ergebnis erzielen zu können, das ist Ausweis von Handlungsfähigkeit in der Politik.

Ich finde, das ist ein Wert in diesen Zeiten, in denen der Politik immer wieder genau das Gegenteil vorgeworfen wird, dass sie nämlich nicht in der Lage sei, Probleme zu lösen, dass sie immer nur streite und nichts zu Papier bringen könne. Das Gegenteil wurde hier zutage gefördert. Die Politik hat sich in höchstem Maße bei einer höchst komplexen Materie als handlungsfähig erwiesen. Auch das ist in dieser Zeit, in der Angstmacher unterwegs sind, etwas, was man nicht gering schätzen sollte.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich finde auch, damit ist noch lange nicht alles an Problemen und Herausforderungen, die wir jetzt schon kennen, für immer und ewig gelöst, vor allem auch nicht die Herausforderungen, die wir erst noch erkennen werden. Es ist aber etwas viel Besseres erreicht worden, nämlich das, wonach wir immer gefragt haben. Wir sparen jetzt. Wir halten die Schuldenbremse ein. Die Frage war aber, wofür wir das tun und wie es nach 2020 weitergeht. Man muss doch den Menschen in diesem Land, den Beschäftigten, aber auch allen anderen, die in irgendeiner Art und Weise von diesem Konsolidierungskurs betroffen sind, sagen, warum man es macht und wie es im Einzelnen weitergehen wird.

Ein Grund, warum immer wieder strittig darüber diskutiert worden ist, ob ein solcher Konsolidierungskurs Sinn macht, war die Tatsache, dass man nicht wusste, ob er Erfolg hat, wie es weitergehen wird oder ob alles noch viel schlimmer werden würde. Wir sind jetzt in der Lage, auf genau diese Fragen Antworten zu geben. Ich glaube, diese Antworten sind notwendig, um die Akzeptanz in den nächsten Jahren, die mit dem, was wir noch alles vor der Brust haben, überhaupt nicht einfacher werden, hochzuhalten und die Menschen mitnehmen zu können bei diesem Kurs, dieses Land nicht nur in seiner Eigenständigkeit zu sichern, sondern vor allem zukunftsfest zu machen. Auch das ist ein Wert, der über die Einzelergebnisse und über die Spiegelstriche, die in diesem Kompromiss verhandelt worden sind, am heutigen Tag festzustellen ist.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Es verleiht damit auch etwas, was sich nicht in Euro und Cent ausdrücken lässt, es verleiht nämlich die Fähigkeit, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken und an die Eigenständigkeit, an die eigene Kraft, an die eigene Entwicklungsperspektive in unserem schönen Bundesland glauben zu können. Mut und Zuversicht werden mit diesem Kompromiss auch be-

(Ministerin Rehlinger)

gründet, und auch das ist etwas, was deutlich über Euro und Cent hinausgeht und auch Teil dieses Ergebnisses ist.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich ist es in den nächsten Jahren an uns, die Antwort darauf zu geben, was wir aus dieser uns jetzt gegebenen Chance für dieses Land machen. Diese Antwort gibt es heute noch nicht. Da gibt es auch unterschiedliche Antworten, und der Kurs der nächsten Jahre wird im Übrigen auch erst bestimmt werden. Da haben auch die Saarländerinnen und Saarländer noch ein Wörtchen mitzureden. Aber das Entscheidende ist doch, dass wir noch in der Lage sein werden, selbst am Steuer zu stehen und den Kurs in diesem Land zu halten. Auch das ist wichtig für die Saarländerinnen und Saarländer, denn die Entscheidungen an der Saar und für die Saar werden auch in Zukunft in diesem Land getroffen werden können, und das ist gut so.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Einigung war kein Spaziergang, das ist von vielen beschrieben worden. Ich war selbst mit dabei. Es ging um viele Sachfragen, unterschiedliche Interessenlagen. Es ging auch um Befindlichkeiten, das macht es nicht immer einfacher. Man kann in der Sache viel miteinander diskutieren, aber wenn man an diesen Punkt kommt, wird es immer schwierig. Trotzdem ist es tatsächlich gelungen.

Wir haben es auch mit Phasen zu tun gehabt, in denen man in der Tat nicht mehr genau wusste, ob das so rauskommt. Das beziehe ich nicht nur auf die beiden Tage, den Donnerstag und den Freitag, als sich das zugespitzt hat, sondern auch auf die gesamte Zeit vorndran. Es war nicht immer klar, dass es zu einem solchen Kompromiss kommen kann. Ich will es vielleicht mit einem kleinen Lächeln auf den Lippen sagen: Wenn man in einer solchen Verhandlungsphase manchmal den Eindruck hat, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht, ist es gut, wenn man einen Förster hat. Bei uns heißt der Förster mit Vornamen Wolfgang,

(Beifall bei den Regierungsfractionen)

und er hat einen Kollegen, Dr. Elmar Braun. Bei allem politischen Verhandlungsgeschick muss man auch immer eine Verhandlungsgrundlage haben, mit der man in politische Gespräche hineingeht. Das ist eben hinreichend dargestellt worden, dass wir das erfreulicherweise und Gott sei Dank auch hatten. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es bei dem, was wir heute tun, nicht darum - wie ich es im Radio gehört habe -, sich als Große Koalition auf die Schulter zu klopfen. Es geht vielmehr um das, was ich im ersten Teil angesprochen habe, nämlich den Menschen zu sagen, dass wir eine Perspektive für

sie erarbeitet haben. Das halte ich für eine wichtige Botschaft. Es geht auch darum zu sagen, wer das alles erreicht hat. Das sind mehr als nur zwei Personen in Berlin gewesen, es haben viele hintendran gestanden, die gesamte Mitarbeiterebene insbesondere des Finanzministeriums, zwei davon sind heute namentlich im Besonderen und völlig zu Recht auch gewürdigt worden. Aber es sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung gewesen mit ihren Beiträgen, mit ihren Bemühungen zur Unterstützung unseres Konsolidierungskurses.

Und ich sage ausdrücklich noch einmal: Es sind auch die Gewerkschaften gewesen, die diesen Weg mitgegangen sind und uns unterstützt haben und uns die Gelegenheit gegeben haben, in Berlin einen soliden Eindruck zu hinterlassen. Denn es gehört zu der Geschichte mit dazu, dass die Bereitschaft zu einem Kompromiss und die frühen Zusagen, dass diesem Bundesland auf jeden Fall geholfen werden muss, nichts ist, was uns in den Schoß gefallen ist. Vielmehr hat es etwas damit zu tun, dass wir mit der Ernsthaftigkeit, mit der wir in den letzten Jahren Politik gemacht haben, dafür auch den Boden bereitet haben, dass man uns das abgenommen hat und gesagt hat: Die haben hier nicht alles über Bord geworfen und wollen jetzt Geld von uns. Nein, sie haben sich angestrengt, sie haben ihre Vorleistung erbracht, sie haben das solide gemacht. Deshalb lassen wir sie nicht im Regen stehen. - Deshalb geht es hier auch nicht um Almosen, sondern um einen Ausgleich, der uns zusteht. Das gehört auch dazu, wenn man die Geschichte der letzten Monate und der gesamten Verhandlungsphase hier erzählt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich ist damit nicht alles geregelt. Es liegt noch eine große Kraftanstrengung vor uns, insbesondere in den Jahren 2018/19, in denen wir es noch mit dem alten Regime zu tun haben, dann ab 2020, in den Folgejahren. Es geht bei dem gefundenen Kompromiss natürlich nicht nur um die ganz große Lösung, wie die Gelder in der Linie verteilt werden, vertikal und horizontal, sondern es geht durchaus auch in einem beachtlichen Umfang um das, was daneben noch vereinbart worden ist. Und da ist eben ein Punkt angesprochen worden, den ich noch einmal aufgreifen will. Auch wenn die Summe dazu noch nicht im Einzelnen festgelegt ist, wird sie in der Höhe ein Ausmaß haben, das hinter dem Verteilungsvolumen, das wir bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen zur Verfügung haben werden, nicht viel zurückbleiben wird. Sie wird eine Bedeutung haben, die man auch nicht gering schätzen darf. Da geht es nämlich darum, dass den Kommunen, vor allem den finanzschwachen Kommunen in diesem Land, geholfen werden soll, wenn es darum geht, in ihre Schulen zu investieren, in die Bildungsinfrastruktur

(Ministerin Rehlinger)

zu investieren. Im Saarland wären es 160 Schulen, die davon profitieren könnten. Ich halte es an dieser Stelle für wichtig festzuhalten, dass - obwohl der Punkt strittig gestellt worden ist und strittig diskutiert worden ist - es gelungen ist, im Kompromiss festzuschreiben, dass es um die finanzschwachen Kommunen in diesem Land geht. Auch das ist ein Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Stärkeren sollten nicht noch stärker gemacht werden, sondern es geht darum, ein gleiches Bildungsniveau in allen Bundesländern zu erreichen. Es geht darum, denen zu helfen, denen geholfen werden muss. Deshalb ist das ein ganz wesentlicher Punkt, nichts, was nur als kleiner Anhang zu betrachten wäre. Wir werden das zu erwarten haben, wenn die konkreten Zahlen dazu festgelegt werden können.

Systematisch betrachtet ist es in der Tat ein Aufweichen des Kooperationsverbotes. Die SPD hätte sich an dieser Stelle sogar noch mehr als ein Aufweichen vorstellen können,

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

aber es ist immerhin der richtige Schritt in die richtige Richtung.

Nun kann man natürlich das Thema dogmatisch betrachten. Ich finde aber, wenn es um Investitionen in die Zukunft dieses Landes geht, nämlich um Investitionen in Kinder und Bildung, sollte man nicht die Dogmatik über das Wohl der Kinder stellen. Deshalb sage ich: Wenn der Bund die Absicht hat, uns, den Ländern oder auch den Kommunen, Geld zu geben, damit wir in Bildung investieren können, sollten wir dieses Geld nehmen. Und wenn es dafür Hürden gibt, sollten wir sie abbauen. Deshalb brauchen wir diesen ersten Schritt, und wenn es nach mir geht, soll es auch noch weitere Schritte geben, um das Kooperationsverbot ganz aufheben zu können.

(Beifall bei der SPD.)

Bei viel Licht gibt es aber immer auch Schatten. Ich sehe bei der Bewertung die Infrastrukturgesellschaft, wie sie jetzt angedacht ist, eher auf der Schattenseite. Aber so sind Kompromisse nun einmal gestrickt. Ich bedauere es, aber es ist nun einmal so gekommen, und nun ist es an uns, an dieser Stelle das Beste aus den Vorfestlegungen zu machen. In der Sache: Es sollen keine unnötigen Schnittstellen geschaffen werden, Abstimmungsmodalitäten erschwert werden und alles, was dazugehört. Das wird man sicherlich ordentlich abarbeiten müssen, vor allem auch mit Blick auf die Betroffenen in den Landesbetrieben. Damit meine ich natürlich insbesondere unseren Landesbetrieb für Straßenbau. Es kann nicht sein, dass die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Kompromiss unter die Räder kommen. Dazu gibt es auch schon Zusagen. Es geht letztlich darum, dass unsere Mitarbeiter im

Saarland auch im Saarland arbeiten können sollen, wenn sie es wollen. Dafür werden wir uns einsetzen, dafür werden wir auch kämpfen. Ich glaube, das ist der richtige Weg, um zu verhindern, dass der Kompromiss auf dem Rücken der Menschen, die hier viel geleistet haben für die Infrastruktur des Landes, ausgetragen wird.

(Beifall bei der SPD.)

Es geht in den Festlegungen, die jetzt zu treffen sind, aber auch um grundsätzliche Fragen, nämlich wie wir es jetzt mit der Privatisierung halten. In der Tat muss man nach den Debatten, die dazu im letzten Jahr geführt worden sind, genau aufpassen, was an welcher Stelle vereinbart wird. Besprochen ist, dass es ganz klar eine Eigentümerstruktur gibt, bei der oben 100 Prozent Bund steht.

Das ist die Ausgangsposition, und ich halte es für eine ganz wesentliche Aussage, dass wir, zumindest was die Eigentumsverhältnisse der öffentlichen Straßeninfrastruktur in diesem Land angeht, eben keine Privatisierung dulden werden. Bei allen anderen Fragen gibt es in der Tat ein paar Fallstricke; das wird man sich ansehen müssen, hie und da wird man auch einen Riegel verschieben müssen. Ich zumindest bin der Auffassung - insoweit sehe ich aber auch keinen Streitpunkt innerhalb der Landesregierung -, dass der Staat sein Straßenmonopol nicht privatisieren darf und vor allem nicht der auf Rendite schielenden Finanzbranche überlassen darf, damit die damit ihre Geschäfte machen kann. Ich finde, dafür darf man keinesfalls Tür und Tor öffnen, noch nicht einmal ein Hintertürchen darf man dafür öffnen. Das gilt es jetzt in den Verhandlungen auch durchzusetzen. Klar ist, dass wir eine öffentliche Infrastruktur brauchen, und es sollte nicht der Weg dafür bereitet werden, dass sie in private Hände kommt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich glaube, wir haben mit diesem Kompromiss ein Instrument in der Hand, mit dem sich die Zukunft gestalten lässt. Das wird auch gelingen, wenn wir uns weiterhin so diszipliniert verhalten, wie wir das in den letzten Jahren - und nur für die kann ich sprechen - getan haben.

Herr Kollege Hilberer, Sie haben gesagt, wir müssten entscheiden, wo wir zukünftig investieren, wo wir nicht mehr investieren, wir müssten Prioritäten setzen und wir müssten den Leuten auch sagen, dass wir Dinge nicht mehr machen können - als würde das irgendwann in der fernen Zukunft in diesem Land notwendig werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass das, was Sie gesagt haben, in der Sache zutreffend ist, aber dass es auch genau das ist, was jeden Tag in der saarländischen Landesregierung stattfindet. Wir haben bewiesen, dass wir genau das können und dass wir genau das tun, wie unbequem es auch immer sein und zu welchen Debatten in die-

(Ministerin Rehlinger)

sem Haus es auch führen mag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ja, es geht auch darum, dass wir uns Spielräume schaffen. Die Frage ist, Spielräume wofür. Ich bin auch der Auffassung, dass der Spielraum genutzt werden muss, um, sobald wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, in die Schuldentilgung zu gehen. Wir haben eben ja gehört, dass dieses Land rund 14 Milliarden Euro Schulden hat, damit auch einen Schuldendienst von rund 500 Millionen Euro, den wir jedes Jahr leisten müssen. Dieses Geld könnten wir gut gebrauchen, um davon Lehrer zu bezahlen, um damit Polizisten einzustellen oder die Landstraßen zu sanieren. Deshalb macht es natürlich Sinn, den Schuldenberg abzubauen, damit wir dieses verlorene Geld des Schuldendienstes wieder zurückgewinnen, um damit echte Investitionen in diesem Land auf den Weg bringen zu können.

Wir müssen auch daran arbeiten, dass das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse umgesetzt wird. Deshalb stimme ich denen zu, die gesagt haben, wir müssten in diesem Land mehr investieren. Genau dafür haben wir jetzt die Spielräume geschaffen, dies übrigens gerade durch die nicht erfolgte Zweckbindung der Mittel ausschließlich für den Schuldendienst, weder für Zinsen noch für die Tilgung. Vielmehr wird es möglich sein, damit auch zu investieren im Sinne nachholender Investitionen. Das ist wie beim Eigenheim: Man kann eine Zeit lang auf gewisse Schönheitsreparaturen verzichten. Aber irgendwann ist der Zeitpunkt gekommen, ab dem man definitiv noch einmal investieren muss. Ich finde, dieser Zeitpunkt kommt immer näher, bei einigen Stellen war er schon erreicht. Deshalb ist es gut, dass wir diesen Handlungsspielraum gewonnen haben und dass wir damit auch in die Infrastruktur in diesem Land investieren können. Denn nur dann machen die Festlegungen - auch die der Schuldenbremse - Sinn.

Der ursprüngliche Gedanke ist ja, dass es generationengerecht ist, die Schuldenbremse festzuschreiben, weil wir nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge hinterlassen wollen. Ja, abstrakt betrachtet ist das richtig. Ich finde, das ist aber nur dann richtig, wenn man einen zweiten Gedanken hinzufügt, der da lautet: Wir wollen den nachfolgenden Generationen deswegen aber auch keine marode Infrastruktur hinterlassen. Der ursprüngliche Gedanke stimmt nur, wenn man ihn in dieser Version vorträgt. Deshalb müssen wir dringend investieren. Aber auch dafür haben wir jetzt Spielräume geschaffen und können das in Zukunft auch tun.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich gebe Ihnen recht: Ja, das sind Investitionen in Stein, in Mörtel und in Asphalt. Aber es sind auch In-

vestitionen in die Sicherheit dieses Landes. Diese Feststellung gilt mit Bezug auf Polizistinnen und Polizisten hinsichtlich Gewalt- und Straftaten. Es geht aber auch um soziale Sicherheit in diesem Land, die, wenn sie nicht gegeben ist, die Menschen verunsichern kann. Es geht auch um Investitionen in die Bildung, in Lehrerinnen und Lehrer, in die Betreuung, aber auch in die Infrastruktur, die wir bei klassischer Betrachtung nie mitdenken, beispielsweise um Investitionen in das Internet. Genauso geht es aber auch um Investitionen in die Schaffung von Wirtschaftsräumen und in die Wirtschaft selbst, die es fitzumachen gilt.

Alle diese Spielräume haben wir geschaffen, und alle diese Spielräume brauchen wir auch, um unser Bundesland, wie wir uns das alle miteinander wünschen, zu dem lebenswerten Stück Heimat zu machen, in dem sozialer Fortschritt und sozialer Zusammenhalt gleichermaßen jeden Tag gelebt werden. Das wird funktionieren - da bin ich mir sicher -, wenn wir den Mut und die Zuversicht nicht aufgeben, sondern uns diese bewahren. Deshalb ist das, was wir hier nun erreicht haben, keineswegs der Endpunkt all unserer Bemühungen, sondern Ausgangspunkt für eine engagierte und selbstbewusste Landespolitik. Diese gilt es in den nächsten Jahren zu gestalten. Wir feiern im nächsten Jahr den 60. Geburtstag dieses Landes. Ich finde, diesem 60. Geburtstag sollten viele weitere schöne Geburtstage folgen. Und deshalb sage ich: Ad multos annos für unser schönes Bundesland! - Herzlich Dank und Glück auf!

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Präsident Meiser:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme des Antrags Drucksache 15/1976 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/1976 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE, PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.